B67-7886

C. H. BECKER
KULTURPOLITISCHE AUFGABEN DES REICHES

Vom Verfasser
persönlich erhalten

C. H. Becker

Kulturpolitische Aufgaben des Reiches

Kulturpolitische Aufgaben des Reiches

Von

C. H. Becker

1919

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Alle Rechte vorbehalten.

Ohlenrothsche Buchdruckerei
Georg Richters
Erfurt

Ernst Eisenlohr,
dem Freunde, zur Heimkehr

Inhalt

Seite

1. Einführung 1
2. Kulturpolitische Zuständigkeiten des Reiches, eine dem Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung vorgelegte Denkschrift 9
3. Probleme der Organisation 35
4. Wege zu einer deutschen Einheitskultur 45

1. Einführung.

Wenn man zu Deutschen über Kulturpolitik des Reiches spricht, muß man sich auf drei Einwände gefaßt machen: Ist überhaupt Politik auf kulturellem Gebiete möglich und richtig? Wenn ja: Ist der Deutsche fähig, Kulturpolitik zu treiben? Und wenn auch dies bejaht wird, ist denn das Reich dafür zuständig? Ist nicht bei uns der Gliedstaat der geborene Träger der Kulturpolitik?

Gibt es wirklich so etwas wie Politik auf kulturellem Gebiet? Ist die Kultur nicht etwas Bodenständiges, aus freiem Eigentrieb Wachsendes, das sich irgendeiner politischen Leitung entzieht oder durch politische Wertung in seinem inneren Wesen und seiner äußeren Wirkung zerstört wird? So lautet die erste Frage: Was ist Kulturpolitik?

Was Kulturpolitik ist, braucht man Völkern mit starken nationalen Instinkten nicht zu sagen. Kulturpolitik ist es z. B., wenn die Vereinigten Staaten von Amerika es fertig bringen, die aus aller Welt bei ihnen einwandernden Volkselemente durch kulturelle Mittel zu einer neuen nationalen Einheit zusammenzuschließen; wenn es gelingt, daß alle diese Polen, Russen, Italiener, Spanier, Deutsche sich nach wenigen Jahrzehnten als Vollblutamerikaner fühlen. Kulturpolitik ist es aber auch, wenn das gleiche Amerika die von seinen Landeskindern unterstützten christlichen Missionen in Ostasien in großem Stile als Werbemittel politischer und wirtschaftlicher Propaganda nach außen gebraucht. Kulturpolitik ist weiter die Politik mit Ideen, auf der zum guten Teil das englische Prestige sich aufbaut, ist doch das englische Bildungs- und Kulturideal für die englische Nation bei ihrer Auseinandersetzung mit fremden Völkern an Bedeutung wohl der englischen Flotte

vergleichbar. In diesem Sinne trieben mehr oder weniger alle Nationen eine entschiedene Kulturpolitik. Frankreich mit seiner Alliance française, Rußland mit seinem Protektorat über die Orthodoxie des Orients und seiner liebevollen Pflege der Hoffnung auf Konstantinopel. Kulturpolitisch äußert sich endlich aber auch der Nationalismus der kleinen Staaten, man denke nur an die Volkshochschulen in Dänemark oder den ibero-amerikanischen Gedanken Spaniens. Überall treffen wir — und damit läßt sich wohl die Kulturpolitik definieren — eine bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes oder des Staates zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen.

Diese bewußte Einsetzung braucht dabei nicht immer vom Staate auszugehen, sie liegt häufig in der Hand von Gesellschaften, die sich natürlich der staatlichen Unterstützung, sei es materiell, sei es moralisch, zu erfreuen haben. Bei stark national empfindenden Völkern spielen auch die Individuen, namentlich die Schriftsteller, auf diesem Gebiet eine hervorragende Rolle. Man denke nur an die französische Literatur, selbst da, wo sie rein der Unterhaltung gewidmet ist. Ein Beispiel für viele: In Jules Vernes „Reise zum Monde" spielt die ganze phantastische Geschichte auf amerikanischem Boden. Der Mann, der dann aber den eigentlich entscheidenden Gedanken mitbringt, ist natürlich Franzose. Dies Buch stammt noch aus Jules Vernes objektiver Zeit. Nach dem Kriege von 70/71 ist er bekanntlich ganz zum literarischen Kampfschriftsteller gegen Deutschland geworden. So sind es feine, ja feinste Kanäle, durch die der Kulturwille eines Volkes als Kraftzentrale seines politischen Daseins die Wasser treibt, die zu seiner Selbsterhaltung

nötig sind, deren Überschuß bei selbstbewußten Völkern nicht nur wahl- und planlos auf die Nachbargebiete sich ergießt, sondern auch dort noch durch planvolle Leitung und bewußte Verwendung dem eigenen Volke zugute kommt.

Der zweite, sehr berechtigte Einwand, den man zu hören bekommt, ist der: Gewiß, andere Völker mögen so organisiert sein, aber ist der Deutsche zu einer Politik mit geistigen Werten fähig? Zu jeder derartigen Politik gehört Disziplin, vor allem nationale Disziplin. Sie ist überall dort leicht, wo Volkscharakter, Geschichte oder Erziehung eine Art Normaltyp geschaffen haben. Diejenigen Völker haben sich in der Welt am stärksten erwiesen, bei denen die Gleichförmigkeit des geistigen und physischen Seins am ausgeprägtesten war. Der Individualismus, der soziologisch zum Partikularismus wird, ist niemals eine Stärkung für ein Volk als Ganzes gewesen. Bei uns Deutschen geht die Differenziertheit allerdings so weit, daß man sich wohl die Frage vorlegen kann, ob wir überhaupt noch ein einheitliches Volk sind. Sind wir vielleicht nur das Völkergeschiebe von Mitteleuropa, das im Westen romanisch, im Osten slawisch gemischt ist, und dessen gemeinsame Sprache keiner ethnischen Einheit entspricht? Es ist zweifellos, daß wir noch keine geschlossene Nation sind, sondern uns erst auf dem Wege dazu befinden.

Es war charakteristisch für die Bismarcksche Reichsgründung wie für die ganze Zeit des Kaiserreiches, daß die Verschmelzung der deutschen Stämme zum Einheitsvolk ausschließlich dem Militär statt der Schule und der Kulturpolitik überlassen wurde. Es hängt das damit zusammen, daß wir den Machtgedanken ausschließlich im Sinne der militärisch staatlichen Macht begriffen; erst im Kriege haben wir unter dem Eindruck der englischen

Blockade die letzthin entscheidende Macht der Wirtschaft kennen gelernt, aber die Macht der Idee ist in ihrer ganzen Größe uns auch heute noch nicht aufgegangen, obwohl uns die Lektüre des Friedensinstrumentes doch zur Genüge darüber belehren kann, welch mächtige Trümpfe die Ideen im Spiel unserer Gegner bilden, wobei über die Güte dieser Ideen natürlich nichts ausgesagt werden soll. Es kommt bei Definierung der Kulturpolitik in diesem Zusammenhang auch gar nicht auf den ethischen Wert ihrer Ziele an, sondern es soll nur betont werden, daß geistige Kräfte, selbst die verabscheuungswürdigsten, Machtmittel ersten Ranges für ein Volk und einen Staat sein können.

Auf einem Gebiet hat ja auch das kaiserliche Deutschland in diesem Sinne Kulturpolitik getrieben. Der militärische Staatsgedanke war bei uns nicht nur eine Institution, sondern ein fast mystisches Ideal, und ihm diente in gewisser Hinsicht auch unsere Erziehung vom Schulbuch an, ebenso wie die Struktur unserer Gesellschaft seinen Stempel trug. Hier wurde auch vom Staate mit Bewußtsein eine Idee propagiert, eine Idee, die zweifellos nur dem staatlichen Selbsterhaltungstrieb und der Monarchie als der Verkörperung dieses Staates dienen sollte. Wir dürfen uns durch die kritische Stimmung des Augenblicks nicht dazu verleiten lassen, die ethischen Werte dieser geistigen Haltung zu verkennen. Der Fehler lag nur darin, daß man als Erziehungsmittel zum staatlichen Einheitsgedanken nicht irgendein nationales Bildungsideal, sondern allzu ausschließlich den Begriff des Kaisertums gewählt hatte, dessen Bedeutung für den Nicht-Preußen zum guten Teil in der Eigenschaft des Kaisers als des Oberkommandierenden des Bundesheeres lag. Nun war es gewiß kein Zufall, sondern einfach unser

Schicksal, daß der militärische Gedanke uns auch geistig beherrschte; denn betrachten wir den Militarismus einmal mit naturwissenschaftlichem Auge, so stellt er nichts anderes dar als den bei der geographischen Lage Deutschlands, seiner Geschichte und unserem Volkscharakter sich mit Naturnotwendigkeit ergebenden Drang zum Selbstschutz gegen den Ultra-Individualismus unseres Volkscharakters. Da uns von Natur die formale Volksdisziplin, wie sie andere Völker mit starken nationalen Instinkten besitzen, versagt war, so haben wir in unserem völkischen Willen zur Einheit den Militarismus als einen harten Schutzschild gegen uns selbst und gegen andere Völker sozusagen ausgeschwitzt, wie ein Weichtier seine Schale ausschwitzt, um sich lebensfähig zu erhalten. Dieses gewaltige historische Gebilde ist zusammengebrochen. Wir stehen vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, ein neues einigendes Band zu suchen, das uns über unseren Stammespartikularismus, über unsere konfessionelle Spaltung und über unsere berufsständische und soziale Gliederung hinaus zum Einheitsvolk werden läßt. Nötiger wie je braucht Deutschland jetzt eine bewußte Kulturpolitik.

Wenn der Deutsche seiner Natur nach nicht von selbst danach greift, so muß er eben dazu erzogen werden. Unser ganzes Erziehungs- und Bildungsproblem muß unter diesen Gedanken gestellt werden. Alle die Faktoren, die dem Einheitsgedanken des Volkes dienen, müssen betont und gepflegt werden. Da ist besonders wichtig unsere Geschichte. Es ist unser Unglück, daß die Geschichte des Kaiserreiches, d. h. die Geschichte der deutschen Großmachtstellung so kurz gewesen ist und so unglücklich geendet hat. Aber bei dem unschätzbaren erzieherischen Wert, der in dieser Glanzperiode der erfüllten Reichseinheit liegt, dürfen wir die Erinnerung daran uns durch keine

jetzt so nahe liegende Bitternis der Kritik vergällen lassen. Der nationale Gedanke muß uns heiliger sein als der taktische Gesichtspunkt parteipolitischer Zweckmäßigkeit. Wir müssen überhaupt versuchen, zu einer nationalen, statt zu einer parteipolitischen Bildungspolitik zu kommen.

Die Entscheidung auch über die Bildungsfragen liegt zur Zeit, wenigstens in Deutschland, bei den politischen Parlamenten. Ob die Theorie eines Bildungsparlaments, unabhängig von, aber neben einem politischen und vollends sogar einem wirtschaftspolitischen Parlament sich verwirklichen lassen wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Zu Ende gedacht müssen diese Probleme aber werden, namentlich in Deutschland, wo wir durch die Staatsschule eine scheinbar unlösbare Verbindung zwischen Staat und Bildung aus der Vergangenheit übernommen haben. Jedenfalls wäre ein Bildungsparlament, das auf Wahl beruhte, voraussichtlich ein Standesparlament, und wie gefährlich es ist, wenn einzelne Stände einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik erlangen, hat die Vorgeschichte dieses Krieges zur Genüge bewiesen. Die Einsicht unserer politischen Leiter hat vor dem Kriege den kapitalistischen Drang unserer Industrie nicht in den der deutschen Machtstellung entsprechenden Grenzen zu halten vermocht. Eine nicht minder große Gefahr aber ist es, wenn jetzt in allen Parlamenten Deutschlands der Volksschullehrerstand seine Standesinteressen, gestützt auf die Autorität der politischen Gesamtvertretung des Volkes, sicherzustellen versucht. Immerhin wäre es richtiger, wenn die Standesinteressen sich ausleben könnten in einem Standesparlament und nicht von der Allgemeingültigkeit einer politischen Volksvertretung gedeckt würden. Nur dann wäre die klare Scheidung vollzogen, und eine Spannung, die jetzt fehlt,

zwischen Standesinteressen und Volksinteressen hergestellt. Alle diese Probleme sind aber nur zu lösen, wenn man auch bei uns anfängt, sich eingehender als bisher mit kulturpolitischen Fragen zu beschäftigen. Vor allem müssen unsere Staatsmänner lernen, das kulturpolitische Machtmittel auch wirklich zu gebrauchen. Es ist grundfalsch, dabei immer nur im Sinne des Kulturkampfes an Kirchenpolitik zu denken. Hier liegen Aufgaben, die zusammenführen und nicht trennen. Zu einer solchen Kulturpolitik muß das Reich sich aufraffen. Es darf sich im Interesse seiner Selbsterhaltung nicht auf eine reine Wirtschaftspolitik beschränken.

Ist das nun wirklich Aufgabe des Reiches? Ist nicht die Kulturpolitik Sache der Einzelstaaten? Damit wird der dritte wichtige Einwand berührt, den jeder Deutsche bei Erörterung kulturpolitischer Notwendigkeiten unwillkürlich machen wird. Bisher hatte das Reich keine kulturpolitische Kompetenz. Dieser Mangel hat sich im Laufe der Entwicklung bitter gerächt. Die Hemmungen für eine deutsche Kulturpolitik liegen nicht nur im Charakter der Individuen, sondern auch im Charakter der Institutionen. Die größte Hemmung ist die Kleinstaaterei, und man braucht nur nach irgendeinem Einheitsstaat hinüberzublicken, um neidvoll die Riesenvorteile unitarischer Staaten zu erkennen. Niemand wird die zahlreichen kulturellen Mittelpunkte in Deutschland missen wollen. Aber alle diese geistigen Zentren sind gleichzeitig politische Zentren. Und so glänzend diese Einrichtung dem Partikularismus als Ventil dient, solange durch ein starkes Reich der Zusammenhalt gewahrt bleibt, so verhängnisvoll werden diese kulturpolitischen Zentren im Moment des Zerfalls der Reichsautorität. Gradezu katastrophal hat diese Dezentralisation beim

Ausbruch der Revolution gewirkt. In Einheitsstaaten pflegt die revolutionäre Katastrophe von einem Zentrum auszugehen, und hier vollzieht sich dann auch nach mehr oder weniger heftigen Krisen der Genesungsprozeß, der dann aber zur Gesundung des ganzen Volkes führt. Wir haben nicht eine Revolution gehabt, sondern so viele Revolutionen wie Bundesstaaten, und der deutsche Volkskörper trägt deshalb jetzt nicht eine schwere Wunde, sondern so viele Wunden wie wir Bundesstaaten haben, und der Heilungsprozeß vollzieht sich durchaus nicht überall in den gleichen Formen. Die Erfahrungen der Revolution haben uns gelehrt, daß das Bestehen von Einzelstaaten eine Gefahr für die gesamte Nation bedeutet, die größer ist als der Vorteil, den diese Dezentralisation in den Zeiten der Blüte Deutschlands bedeutet hat. Hatte man früher die Dynastien des Partikularismus verdächtigt, so zeigt sich jetzt, daß die neuen revolutionären Dynasten mindestens von dem gleichen Partikularismus beseelt sind. Dieser Partikularismus aber kann nur mit geistigen, d. h. mit kulturpolitischen Waffen überwunden werden. Hier liegt eine Aufgabe, ja eine Pflicht für das Reich.

Der Klärung dieses Problems dient die folgende Denkschrift, die auf Veranlassung der Reichsleitung verfaßt wurde. Sie wird hier unverändert abgedruckt, obwohl einzelne Gedankengänge dieser Einführung in ihr sich wiederholen. Sie geht ebenso wie die späteren Ausführungen von ganz anderen Gesichtspunkten aus als die Erörterungen, die zu dem sogenannten Schulkompromiß führten. Der Verfasser stellt sich hier bewußt ganz außerhalb der parteipolitischen Zweckmäßigkeiten; ihn bewegt ausschließlich die Frage nach der Zukunft der deutschen Kultur und damit des deutschen Volkes.

2. Kulturpolitische Zuständigkeiten des Reiches.

Eine dem Verfassungsausschuß der Nationalversammlung vorgelegte Denkschrift.

Vorbemerkung.

Der Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß zur Reichsverfassung führte unter den der Gesetzgebung des Reiches unterliegenden Angelegenheiten auch Kirche und Schule auf (Art. 4 Nr. 12). In dem der Nationalversammlung vorgelegten Entwurfe fehlt eine entsprechende Bestimmung. Sie war durch den Einspruch der süddeutschen Staaten zu Fall gebracht. Jetzt wird die Frage vom Verfassungsausschuß wieder aufgenommen, und zwar mit Recht; denn die Frage nach den kulturpolitischen Aufgaben des Reiches darf nicht nur vom Standpunkt der Gliedstaaten, sie muß auch von dem des Reiches aus durchdacht werden.

Standpunkt der Bundesstaaten.

Der Einspruch der Bundesstaaten gegen die Übertragung kulturpolitischer Kompetenzen auf das Reich wird historisch und sachlich begründet. Nach Abgabe so mancher Hoheitsrechte an das Reich war die Pflege der Kulturaufgaben schon nach der bisherigen Verfassung die Hauptaufgabe der Bundesstaaten, aus der sie geradezu ihre Daseinsberechtigung schöpften. Neben dem staatlichen Selbsterhaltungstrieb zwang zum Einspruch aber auch die objektive Beobachtung, daß sich die kulturelle Dezentralisation geradezu glänzend bewährt hatte. Welche andere Großmacht hatte so viele Mittelpunkte wertvoller

kultureller Eigenart aufzuweisen wie das Deutsche Reich, und wo wären wir mit unserer Kultur hingekommen, wenn Berlin nach Pariser Muster allein ausschlaggebend für das geistige und künstlerische Leben der Nation geworden wäre! Berlin liegt nun einmal für den Süd- und Westdeutschen, die auf dem Boden einer viel älteren Kultur erwachsen sind, jenseits des Kulturlimes im Kolonialgebiet. Es ist also kein reiner Partikularismus, sondern es ist berechtigtes Kulturbewußtsein, das sich in den süddeutschen Bundesstaaten dem kulturellen Unitarismus gegenüber regt, und zwar angesichts der neuen Verfassung noch stärker als bisher, da die neue Verfassung doch unter allen Umständen einen erheblichen Schritt weiter zum Einheitsstaat bedeutet und dementsprechend die Gliedstaaten noch stärker in ihrer Selbstbestimmung beschränkt. Nimmt man diesen auch noch die kulturelle Autonomie, so sinken sie völlig auf die Stufe kommunaler Bildungen herab.

Standpunkt Preußens.

Es ist bezeichnend, daß Preußen von Anfang an bereit gewesen ist, dem Reiche kulturpolitische Kompetenzen zuzugestehen, und zwar die gleiche preußische Regierung, die mit allem Nachdruck gegen die Aufteilung Preußens Stellung genommen hat. Und das gewiß nicht aus besonderer Gefälligkeit gegen die Reichsregierung und auch nicht, weil Berlin als Reichshauptstadt kaum zu umgehen war. Nein, der Grund liegt tiefer. Man denkt eben in Preußen, wie man in einem Großstaat denkt, und in Süddeutschland, den Verhältnissen entsprechend, mit kleinstaatlicher Einstellung. In Süddeutschland fallen Stam-

mes-, Kultur- und Staatsgedanke zusammen. Der natürliche Stammespartikularismus wird zum Staats- und Kulturpartikularismus. Je älter der Staat und die Kultur, desto stärker die Ablehnung des Aufgehens in einem größeren Staats- und Kulturganzen. Ganz anders Preußen. Hier ist der Staat den Stämmen seit langem übergeordnet. Die aus den Stammeseigenarten erwachsenden Kulturen haben sich in einem größeren Rahmen miteinander vertragen, sich aneinander angleichen gelernt. Man hat Verständnis dafür gewonnen, daß die Kultur der einzelnen Stämme durch eine übergeordnete Staatsleitung gar nicht bedroht ist, daß vielmehr eine wechselseitige Befruchtung durch den Fortfall geistiger Zollschranken im allseitigen Nutzen liegt. Die Loslösungsbestrebungen gewisser Kreise des Rheinlandes beweisen nur, daß die Rheinlande auch im preußischen Staate selbst nach hundert Jahren noch ein eigenes kulturelles Gesicht sich bewahrt haben. Während die Kernlande des preußischen Staates schon zum Bewußtsein der Staatskultur übergegangen sind, regt sich im Rheinland noch unter dem Druck ausländischer Propaganda der alte Stammeskultur-Gedanke, wie er in den süddeutschen Kleinstaaten der natürliche Ausdruck des Kulturbewußtseins überhaupt ist. Da Preußen keinen Stammespartikularismus kennt, sondern höchstens einen Staatspartikularismus, war es auf kulturpolitischem Gebiete weniger empfindlich als die süddeutschen Bundesstaaten. Man wußte, daß die kulturelle Oberleitung in einem Großstaat ein Problem ist, das nicht das Volk, sondern nur die Bureaukratie betrifft; denn der Staat wird immer nur organisieren können, während das Volk die Kultur erzeugt. Der Übergang der kulturellen Gesetzgebung in wichtigen Organisationsfragen auf das Reich bedeutete

für die bisher von der preußischen Bureaukratie betreuten Kulturerzeuger und -träger keine Schädigung, sondern durch die Erweiterung des Überblicks in der Leitung höchstens einen Gewinn, und ob die doch nicht mehr in der Stammeszugehörigkeit verankerte Bureaukratie sich aus Reichs- oder aus Staatsbeamten zusammensetzte, war völlig gleichgültig. Voraussetzung war dabei natürlich, daß das Reich sich auch für Kulturaufgaben eine qualifizierte Beamtenschaft schaffen bzw. aus den verschiedenen Gliedstaaten übernehmen würde. Jedenfalls wird aus dem Gesagten ersichtlich, warum der Großstaat Preußen dem Großstaat Deutsches Reich auf kulturpolitischem Gebiete viel verständnisvoller gegenübertreten konnte als die deutschen Kleinstaaten.

Standpunkt der Reichsregierung.

Nach dieser Erörterung des gliedstaatlichen Standpunktes ergibt sich von selbst die Frage: Wie kam denn die Reichsregierung, die bisher die Kulturpolitik den Einzelstaaten überlassen hatte, mit einem Male dazu, nun ihrerseits die Oberleitung auf diesem Gebiete zu beanspruchen? Ist es denn bisher nicht ganz gut gegangen? Oder sind etwa durch den Zusammenbruch und die Revolution Verhältnisse eingetreten, die im allgemeinen Interesse eine Neuordnung der kulturpolitischen Zuständigkeit fordern?

Wer der Meinung ist, daß es bisher sehr gut gegangen sei, kennt entweder die Verhältnisse nicht oder hat keine Ahnung davon, welche Rolle die Kulturpolitik bei anderen größeren und kleineren Völkern spielt. Als staatliches Machtmittel hat man in Deutschland bis zum Kriege im-

mer nur das Militär und die Polizei gekannt. Erst unter dem Drucke der englischen Blockade haben wir gefühlt, was wirtschaftliche Macht im Dienste des Staates bedeutet. Das wichtigste Machtmittel des Staates, die Idee, ist dem Volke der Dichter und Denker auch jetzt noch nicht voll bewußt geworden, obwohl wir doch mit geistigen Waffen mindestens ebenso geschlagen worden sind wie mit wirtschaftlichen und militärischen. Wenn wir im Kriege auch einige täppische Versuche gemacht haben, uns mit geistigen Waffen zu verteidigen, so ist die grundsätzliche Bedeutung dieser Frage doch auch heute noch nur von sehr wenigen erkannt worden, vor dem Kriege aber hat keine verantwortliche Stelle auch nur daran gedacht, wirklich Kulturpolitik zu treiben, wie es in Amerika, England, Frankreich, ja selbst in Rußland, wie es aber auch in Spanien, Dänemark, Holland einfach selbstverständlich war.

Unzulänglichkeit unserer bisherigen Kulturpolitik.

Kulturpolitik heißt bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes und des Staates zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen. Was haben die Amerikaner nicht alles getan, den amerikanischen Gedanken dem bunten Mischmasch ihrer Einwanderer einzuhämmern! Sie haben ein neues Volk mit einer sieghaften Idee geschaffen. Und welche Stoßkraft hatte diese Idee nach außen, besonders in Ostasien, wo sie die Mission als ihr Werkzeug gebrauchte. Ähnlich steht es mit dem britischen Kulturideal, ohne das die englische Flotte altes Eisen wäre. Frankreich hat mit seiner

Alliance française gearbeitet, und die Sympathie der Welt, die es genießt, ist zum großen Teil eine Folge seiner geschickten Kulturpolitik. Auch Spanien hat sich an solchen kulturpolitischen Idealen wieder aufgerichtet, und die dänische Volkshochschule diente ausgesprochenermaßen der nationalen Wiedergeburt. Nichts, aber auch nichts dergleichen hat das kaiserliche Deutschland zu erzeugen gewußt. Wie sehr wir in der inneren Kulturpolitik versagt haben, zeigt die Tatsache, daß nach fast einem halben Jahrhundert Reichseinheit der Stammespartikularismus immer noch stärker oder doch fast ebenso stark ist wie die Reichseinheitsidee, und nach außen haben wir nichts als Wirtschaftspolitik getrieben. Eine wirkliche Kulturpolitik konnten wir auch gar nicht treiben, weil unser außenpolitisches Organ, das Reich, keinerlei kulturpolitische Kompetenz, keine Verankerung in der wachsenden Kultur der deutschen Einzelstaaten besaß, also selbst beim besten Willen dem reinen Können nach nur ein höchst unvollkommener Dolmetscher deutscher Kulturideen sein konnte.

Daß wir die ganze Unvollkommenheit unserer kulturpolitischen Organisation, wie sie die alte Reichsverfassung bot, nicht stärker empfanden, liegt an zwei Gründen, einmal weil es uns wirtschaftlich so überaus gut ging und wir im Rausch äußerer Erfolge gar nicht zum Bewußtsein der Unzulänglichkeit des kulturellen, d. h. ideellen Unterbaues unseres materiellen Wohlstandes kommen konnten. Als der Wind kam, ist dann das Kartenhaus zusammengefallen. Dann aber existierte der Großstaat Preußen im Reiche. Preußen besaß, was dem Reiche fehlte, einen kulturellen Staatsgedanken, einen festgefügten kulturellen Unterbau und sachverständige Organe. Preußen konnte aber nach innen, d. h. nach

dem nichtpreußischen Deutschland, keine Kulturpolitik treiben, weil jeder Versuch nach dieser Richtung als Verpreußung galt und zurückgewiesen wurde. Über die Reichsgrenzen hinaus hat es in dem bescheidenen Umfang, der ihm als Gliedstaat möglich war, deutsche, nicht etwa preußische Kulturpolitik betrieben. Was es leistete, wurde dem Reiche gutgeschrieben. Überall, wo das Reich sich zu betätigen anfing, war es wieder auf preußische Hilfe angewiesen, und viele Akten tragen den charakteristischen Vermerk: „Urschriftlich dem Herrn preußischen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten zur gefälligen Äußerung oder Erledigung." Also der Sachverstand lag in Preußen, die Exekutive aber beim Reiche, beide Instanzen hatten aber eigentlich kein Mandat. Es ist Preußens Verdienst, wenn bei dieser Geschäftsverteilung immerhin noch einiges herauskam, aber eine dem Ausland konkurrenzfähige Kulturpolitik war das nicht. Was geschah, genügte gerade, den Schein eines gewissen Geschehens aufrechtzuerhalten.

Außenpolitische Notwendigkeit für eine Reichskompetenz.

Waren also die Verhältnisse schon vor der Revolution reformbedürftig, so sind sie durch den Umsturz geradezu unhaltbar geworden, und zwar nach außen wie nach innen. Bei seiner politischen und wirtschaftlichen Ausschaltung hat das deutsche Volk im Ringen der Völker nur noch seinen Ideengehalt als Einsatz. Träger der deutschen Kultur nach außen kann nur das Reich sein. Es muß die Wege gehen, die alle anderen

Völker wandeln, wenn es nicht völlig überrannt werden will. Gewiß haben wir auf Jahrzehnte hinaus genug zu tun, um die neuen Ideen mit dem Erbe der Vergangenheit zu verschmelzen. Wir sind vorerst nicht in der Lage, aus dem Resultat des hoffentlich segensreichen Amalgamierungsprozesses wieder Exportartikel zu fabrizieren. Von dem Wahn, daß mit Selbstlob und Pressepropaganda Kulturpolitik gemacht werden könnte, sind wir befreit. Auch können die üblichen kulturpolitischen Mittel der imperialistischen Völker aus inneren und äußeren Gründen nicht mehr zum Requisit der deutschen Auslandspolitik gehören. Was wir brauchen, ist Verinnerlichung. Wir müssen auf kulturellem Gebiet unbekümmert um Lob oder Tadel des Auslandes das neue geistige Deutschland aus uns selber heraus erschaffen. Es wird das einzige Gebiet sein, auf dem Deutschland noch wirklich souverän bleibt. Aber gerade weil hier unsere geistige Wiedergeburt einsetzen muß, kann das Reich, das nach außen doch als Träger der deutschen Kultur erscheint, gar nicht umhin, sich um diese Fragen zu kümmern. Nun ist das Reich bisher nichts anderes als eine Bureaukratie. Ohne Kompetenz des Reiches in der inneren Kulturpolitik würden wir eine Reichsleitung haben, die nach außen Politik machen soll, ohne die wichtigsten Ideen, die treibenden Kräfte des neuen Deutschlands, anders als aus der Zeitung zu kennen. Wir würden den Fehler, den das alte Reich auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht hat, indem es Wirtschaftspolitik nach außen machte, ohne die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Heimat genügend zu kennen, auf kulturellem Gebiete wiederholen. Das Reich muß mit Ideen Außenpolitik machen, und deshalb braucht es eine kulturpolitische Kompetenz auch nach innen.

Innerpolitische Gründe.

Die Kompetenz nach innen ist aber auch aus einem anderen Grunde unentbehrlich, und zwar einfach aus dem staatlichen Selbsterhaltungstrieb heraus. Die Hegemoniestellung Preußens existiert nicht mehr, und zwar ganz gleichgültig, ob Preußen zerfällt oder nicht. Von wirtschaftlichen Momenten abgesehen, die aber auch fortfallen sollen, wurzelte Preußens Vormachtstellung in der Personalunion zwischen dem König von Preußen und dem deutschen Kaiser und vor allem in der kaiserlichen Militärgewalt und dem preußischen Heere. Preußens Macht hatte das Reich zusammengeschweißt und hielt es fest zusammen. Dieser Zusammenhalt ist unwiederbringlich dahin. Das Reich muß jetzt seine Einheit auch durch die Idee zu wahren suchen, nachdem das Schwert zerschlagen ist. Sollen aber Ideen Völker beherrschen, so wollen sie gepflegt sein. Träger der Reichseinheitsidee kann hinfort nur noch das Reich sein. In diesem einfachen Satz steckt eine ungeheure Aufgabe. Sie ist durch Reichseisenbahnen, gemeinsame Briefmarken und selbst durch die beste Wirtschaftspolitik nicht zu lösen, sondern nur durch eine nationale Kulturpolitik. Ihre Parole muß sein: Erziehung der deutschen Stämme zur Nation. Diese Aufgabe steht in allen Nationalstaaten der ganzen Welt im Mittelpunkt des Regierungsprogramms, soweit sie nicht schon gelöst ist. Für das deutsche Volk mit seinem Stammespartikularismus gibt es aber gar keine dringendere Aufgabe; denn wir werden selbst im Völkerbunde nie als Bayern, Sachsen, Württemberger etwas gelten, sondern nur als Deutsche. Wo der Volkscharakter versagt, muß die Erziehung einsetzen. Wir wollen keine Chauvinisten erziehen, sondern ein Einheitsvolk.

Über dieser kulturellen Aufgabe kann aber nur das Reich, als Verkörperung des politischen Einheitswillens, wachen, ja, das Reich braucht in Ermangelung einer militärischen eine *ideelle Hausmacht*. Es kann die Ausführung des Erziehungswerkes natürlich den Gliedstaaten überlassen, aber es muß die Macht besitzen, auf dem Wege der Gesetzgebung den nationalen Gedanken gegenüber dem partikularen durchzusetzen.

Die Erziehung wird dabei nicht nur national sein, sondern im Interesse des gegenseitigen Verständnisses in einer gewissen *Einheitlichkeit* sich bewegen müssen. Sonst könnten sich die einzelnen Gliedstaaten, sei es im ultraradikalen, sei es im reaktionären Fahrwasser, nicht zueinander, sondern auseinander entwickeln. Das kann nur durch eine begrenzte Reichsaufsicht verhindert werden. Keinesfalls darf sich das Reich auf den guten Willen kulturell autonomer Gliedstaaten verlassen müssen. Bei den Gliedstaaten als den staatlichen Verkörperungen gerade der Stammesidee kann man nie sicher sein, ob sie alle den richtigen Mittelweg finden zwischen Pflege ihrer Eigenart und Unterordnung unter den Gedanken der Auflösung des Stammes in der Nation. Die Dynastien sind zwar als Träger des Partikularismus verschwunden, aber die Bureaukratien sind geblieben, und sie sind oft selbstsüchtiger als die Träger der Krone. Haben sich die Gliedstaaten bei der ersten Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs — im vornovemberlichen Schema weiterdenkend — auch noch energisch gegen diese kulturpolitische Kompetenz des Reiches gewehrt, so sind doch inzwischen Ereignisse eingetreten, die manchen Verteidiger der einzelstaatlichen Kulturgüter gegenüber dem Zugriff einer als radikal vorausgesetzten Reichsregierung die Augen darüber geöffnet haben, daß die Kultur auch der

Einzelstaaten unter der doch immerhin ausgeglichenen Oberleitung des Reiches besser bewahrt ist als bei den zufälligen lokalen Machthabern.

Finanzielle Gründe.

Ein dritter Grund, der geradezu dazu zwingt, dem Reiche gewisse kulturelle Kompetenzen zuzuweisen, ist die finanzielle Notlage. Konkurrenzgründungen, wie in besseren Zeiten z. B. das Hamburger Kolonialinstitut neben dem Seminar für orientalische Sprachen in Berlin, werden sich in Zukunft einfach von selbst verbieten. Immerhin wäre es günstig, wenn das Reich gesetzlich die Möglichkeit hätte, sie zu verhindern; das Reich hat die größten Schulden, das Reich muß unerbittlich alle Quellen erschließen. Es müßte aber auch die Macht haben, im finanziellen Gesamtinteresse überflüssige, nur aus lokalpatriotischer Eitelkeit stammende wissenschaftliche Gründungen zu unterbinden, Konkurrenzveranstaltungen und Überbietungen auszuschließen. Die Schaffung einer eigenen Stelle für die Beobachtung aller kulturpolitischen Maßnahmen würde sich in mehr als einer Hinsicht bezahlt machen.

Umgekehrt aber wird das Reich auch dafür sorgen müssen, daß notwendige Kulturaufgaben auch in den Gliedstaaten nicht deshalb vernachlässigt werden, weil der gliedstaatliche Finanzminister die Mittel nicht aufbringen kann. Das Reich, das alle Finanzreserven an sich zieht, wird hier auf die Dauer immer stärker einspringen müssen, zum Teil indem es die Exekutive selber in die Hand nimmt, zum Teil indem es die gliedstaatliche Regierung für bestimmte Aufgaben finanziert und dafür ein be-

schränktes Aufsichtsrecht eintauscht. Nur einige Beispiele für beide Fälle. Vor dem Kriege waren die blühenden wissenschaftlichen Zeitschriften Deutschlands, die großen Archive deutscher Gelehrtenarbeit, vielleicht die beste Propaganda für deutsches Ansehen auch im Ausland. Zur Zeit gibt es wohl kein derartiges Organ mehr, das nicht infolge starken Rückganges seiner Abonnentenzahl mit schweren finanziellen Nöten kämpft, viele wissenschaftliche Zeitschriften sind schon eingegangen, weitere stehen vor dem Bankrott, wenn nicht mit Unterstützungen eingegriffen wird. Die Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften haben ihre Mittel anderweitig festgelegt und haben beim Rückgang der Kaufkraft des Geldes selbst Schwierigkeiten. Sie können also nicht helfen, die gliedstaatlichen Regierungen haben ebenfalls keine Mittel und auch nicht die Aufgabe, gemeindeutsche Unternehmungen über Wasser zu halten. Hier liegt ein Notstand zu Tage, den man nicht ernst genug einschätzen kann; denn von der Aufrechterhaltung unserer wissenschaftlichen Publikationsmöglichkeiten hängt mehr ab als die Blüte einzelner Wissenschaftsgebiete, das gesamte nationale Ansehen steht auf dem Spiel. Hier muß das Reich helfen, und zwar ohne fremde Vermittlung. Daneben wird dann das Reich als stiller Teilhaber und Förderer gliedstaatlicher Unternehmungen auftreten. Man darf nicht vergessen, erstens daß die deutschen Fürstenhöfe als Kulturzentren in Fortfall kommen und zweitens, daß die privaten Leistungen für Kulturzwecke bei der allgemeinen Verarmung sehr zurückgehen werden; Museen, Forschungsinstitute, aber selbst Hochschulen werden ohne Reichshilfe namentlich in den kleineren Staaten nicht dauernd auf der Höhe gehalten werden können, ohne daß das Reich helfend einspringt. Nur so kann bei der katastrophalen Lage unserer

Finanzen eine dauernde Schädigung der deutschen Kultur vermieden werden. Das Reich darf sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Es kann sie aber nur erfüllen, wenn seine Mitwirkung bei kulturellen Aufgaben irgendwie in der Verfassung verankert wird.

So fordert das Reichsinteresse gebieterisch eine kulturpolitische Kompetenz des Reiches. Trotz aller berechtigten Einwände werden sich die Gliedstaaten schon in ihrem eigenen Interesse dem Schwergewicht der aufgezählten Gründe nicht verschließen können. Alles kommt darauf an, einen Weg zu finden, der dem Reiche gerecht wird, ohne den Gliedstaaten ihre Selbständigkeit zu nehmen.

Bisherige Kompetenzverteilung.

Der Versuch einer Lösung dieses schwierigen Problems muß ausgehen von der bisherigen Kompetenzverteilung, und zwar wird es sich empfehlen, unter Ausschaltung der kirchlichen Fragen die reinen Kulturaufgaben nach ihren zwei Hauptrichtungen, Unterrichtswesen und allgemeine Kulturpflege (Kunst und Wissenschaft), gesondert zu betrachten.

Vereinheitlichung im Unterrichtswesen und ihre Gründe.

Für das gesamte Schulwesen inkl. des Hochschulwesens lag bisher die ausschließliche Zuständigkeit bei den Bundesstaaten. Schon lange vor der Reichsgründung hatte sich besonders mit Rücksicht auf das Berechtigungswesen namentlich in bezug auf das Universitätsstudium eine gewisse Einheitlichkeit im höheren

Schulwesen herausgebildet. Diese Entwicklung führte schon 1868 zur Begründung einer Bundesschulkommission, der späteren Reichsschulkommission. Es ist bezeichnend, daß die schulpolitische Einigung erst unter dem Druck militärischer Notwendigkeiten erfolgte. Die Reichsschulkommission hat nämlich nur die Zulassung von Lehranstalten zur Ablegung der Einjährig-Freiwilligen-Prüfung zu begutachten. Jetzt, wo die militärischen Notwendigkeiten und damit das Einjährigen-Examen in Fortfall kommen, besteht die größte Gefahr, daß auch diese einzige offizielle Verbindung zwischen den Bundesstaaten auf schultechnischem Gebiet aufgelöst wird. Alle übrigen Angleichungen erfolgten nämlich nicht durch ein ständiges Organ, sondern auf Grund des allseitigen guten Willens durch Verabredung oder durch Staatsverträge. Noch heutigentags sind aber lange nicht alle Zeugnisse der einzelnen Bundesstaaten bei den anderen anerkannt und die Einrichtungen selbst entsprechend mannigfaltig. Es herrscht hier noch eine Buntheit, die nicht im Interesse einer einheitlichen Erziehung liegt.

Noch schlimmer ist es bei der wissenschaftlichen Ausbildung, die eine Freizügigkeit geradezu ausschließt. Nur die Ausbildung der Mediziner ist reichsgesetzlich geregelt, was sich außerordentlich bewährt hat, auch jetzt bei den Notmaßnahmen während des Krieges, obwohl der Apparat (Bundesratsbeschluß) noch umständlich genug ist. Die Ausbildung der Juristen dagegen beruht im allgemeinen Rahmen des Gerichtsverfassungsgesetzes auf einzelstaatlichen Bestimmungen, die so verschieden sind, daß z. B. deshalb über die von Preußen vorgeschlagene vorübergehende Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes trotz umständlicher Verhandlungen zwischen preußischem Justiz- und Kultusministerium, Reichsjustizamt und

Bundesstaaten eine Einigung nicht zu erzielen war. Außerordentlich viel Mißstimmung ist dadurch ausgelöst worden. Die Ausbildung der Oberlehrer ist dann wieder rein einzelstaatlich geregelt ohne reichsgesetzliche Normativbestimmungen. Aus dieser Vielgestaltigkeit erklärt sich die von den Kriegsteilnehmern oft so bitter empfundene Uneinheitlichkeit und Unübersichtlichkeit der Hilfsmaßnahmen. Man hat die Bureaukratie dafür angeklagt, schuld aber ist ausschließlich die mangelhafte kulturpolitische Zuständigkeit des Reiches. Einem Ausländer müssen diese Zustände geradezu grotesk erscheinen.

Bei den Vereinheitlichungsbestrebungen auf diesem Gebiete hat das Reich keinerlei Initiative gehabt, es hat bestenfalls den Briefträger gespielt. Bei der Angleichung hat das natürliche Übergewicht Preußens mindestens ebenso stark gewirkt wie der kulturelle Einheitswille. Wenn z. B. Preußen die drei höheren Schularten als gleichberechtigt anerkannte oder den Grad eines Doktor-Ingenieurs schuf, so blieb den kleinen Staaten, schon um konkurrenzfähig zu bleiben, gar nichts anderes übrig, als das gleiche zu tun. Wenn Mißstände im Universitätsbetrieb einrissen (Doktorfabriken), so erklärte Preußen einfach, die Doktordiplome des betreffenden Bundesstaates nicht mehr anzuerkennen, was zur Folge hatte, daß die strengere preußische Praxis auch dort alsbald eingeführt wurde. Derartige Vorgänge mögen im Einzelfall Mißstimmungen ausgelöst haben, im Sinne der Einheitlichkeit des gesamten deutschen Unterrichtswesens haben sie unbedingt segensreich gewirkt. Preußen hat also durch sein einfaches Vorausgehen, durch Drohung oder auch schon durch bloße Bitte infolge seines Schwergewichts das erreicht, was bei Zuständigkeit des Reiches durch Verhandlung und Reichsgesetz ge-

schaffen worden wäre. Die Vereinheitlichung ist aber für das Reich eine Lebensfrage. Die Nutzanwendung bei einer Schwächung oder Zerlegung Preußens liegt auf der Hand.

Das ganze Problem ist bisher im wesentlichen bureaukratisch, d. h. vom Standpunkt der Berechtigungen und Anrechnungen aus angefaßt, weil kein Bundesstaat einen Angehörigen benachteiligt sehen wollte. Der nationalpädagogische Gesichtspunkt ist dabei völlig zurückgetreten. Er hätte aber naturgemäß im Vordergrund gestanden, wenn das Reich die Kompetenz gehabt hätte, die nationale Erziehung in seinem Sinne zu beeinflussen. Sehr zum Schaden der Sache liegt das Zusammenwirken der Bundesstaaten auf formalem, nicht auf sachlichem Gebiet. Ein einheitlicher nationaler Geist kann sich bei der bestehenden Kompetenzverteilung nur durch Zufall entwickeln. Die Frage selbst ist aber zu wichtig und wird es vor allem nach dem Zusammenbruch immer mehr, als daß man sie einer zufälligen Entwicklung überlassen dürfte.

Volksschulwesen.

Da die Einheitlichkeit im wesentlichen aus Berechtigungsfragen heraus erwachsen ist, diese aber nur im höheren und Hochschulunterricht eine Rolle spielen, ist es begreiflich, daß die größten Unterschiede gerade auf dem Gebiete bestehen, das für die nationale Erziehung das wichtigste ist, nämlich auf dem der Volksschule. Die Eingabe des Deutschen Lehrervereins an die Nationalversammlung vom 16. Februar 1919 klagt darüber mit bewegten Worten. Es heißt da: „Wie wenig die einzel-

staatlichen Unterrichtsverwaltungen bisher auf die Einheitlichkeit in der Einrichtung und in den Leistungen der Volksschulen Wert gelegt haben, wird vielleicht am klarsten durch die Tatsache beleuchtet, daß die amtlichen Aufnahmen über den Stand des Volksschulwesens in der Anlage derartig verschieden sind, daß sie kaum miteinander verglichen werden können. In der Tat gehen die Unterschiede, die in bezug auf die Dauer der Schulpflicht im ganzen und der Unterrichtszeit im einzelnen, in bezug auf das Maß der geforderten Bildung, die Anforderungen an die äußeren Schuleinrichtungen, die Wertung der verschiedenen Bildungsgüter, den Stand der Lehrerbildung, die amtliche, rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Lehrer zwischen den verschiedenen Gebieten des Deutschen Reiches bestehen, weit über das hinaus, was auf Grund der Abweichungen im Empfinden, in Sitte und Brauch bei den einzelnen deutschen Stämmen als berechtigt anzuerkennen ist." Wenn die Eingabe dann weiter ein Reichsschulgesetz und zu dessen Durchführung die Begründung eines Reichsamts für das Bildungswesen fordert, so geht sie, wie auch in manchen Einzelforderungen, wohl weit über das hinaus, was zurzeit erreichbar, ja selbst wünschenswert ist; aber die grundsätzliche Berechtigung der hier aufgestellten Forderungen als letztes Ziel einer nationalen Kulturpolitik ist unbestreitbar. Bisher besteht keinerlei behördliches Organ zum Austausch der in den einzelnen Bundesstaaten gemachten Erfahrungen oder zur Verabredung gemeinsamer Ziele. Nur die schultechnische Literatur in deutscher Sprache und die Veranstaltungen der Lehrervereine bilden das Einheitsband. Zur Erziehung und Erhaltung einer nationalen Einheitskultur genügt das aber nicht.

Höhere Schulen und Hochschulen.

Etwas besser liegen aus den obengenannten Gründen die Verhältnisse bei den höheren Schulen. Hier besteht wenigstens die Reichsschulkommission, so beschränkt ihre Kompetenzen auch sind. Sie zählt sechs Mitglieder, und zwar vier ständige als Vertreter der Königreiche und zwei zweijährig wechselnde Vertreter, die von den Mittelstaaten (bisher Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen, Mecklenburg-Schwerin) und den übrigen Staaten der Reihe nach ernannt werden. Der Vorsitzende ist ein Vertreter des Reichs, zurzeit ein Beamter des Reichsamts des Innern, wie überhaupt die Kommission dieser Reichsbehörde angegliedert ist. Die Kommission tritt meist jährlich zweimal zusammen, und zwar an verschiedenen Orten. Ihr Hauptvorteil liegt weniger in der Erledigung der geringfügigen ihr zugewiesenen Geschäfte als in der Tatsache, daß sich bei diesen Tagungen Sachverständige, zum Teil Referenten, der wichtigsten Bundesstaaten regelmäßig treffen und aussprechen können, was für die Gleichmäßigkeit der Geschäftsführung auch auf anderen Gebieten des höheren Schulwesens von Bedeutung ist.

In gleicher Richtung wirkt auf dem Gebiet des Hochschulwesens die von Althoff begründete, jährlich zusammentretende Hochschulkonferenz der Hochschulstaaten. An ihr ist die Reichsleitung nicht beteiligt, sie ist eine zwischenstaatliche Veranstaltung der größeren Bundesstaaten. Hier wechselt jährlich der Vorsitz und der Tagungsort. Sie dient ausschließlich der gegenseitigen Orientierung und der Verständigung über alle schwebenden Hochschulfragen. Eine Majorisierung findet nicht statt, doch ist durch gütliche Vereinbarung in den letzten Jahren ein weitgehendes Hand-in-Hand-Arbeiten erzielt

worden. Auf der letzten Tagung im September 1918 sind unter anderem folgende Fragen behandelt worden: Maßnahmen zur Förderung der aus dem Felde heimkehrenden Studierenden, Maßnahmen zur Unterstützung des Professorenstandes und des akademischen Nachwuchses, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des bisherigen Hochstandes der Universitäten und Technischen Hochschulen in Anbetracht des Rückganges der Kaufkraft des Geldes oder der durch den Krieg notwendig gewordenen Neuerungen, akademische Beziehungen zum Ausland (Ausländerfrage an den Hochschulen, Anrechnung von im Ausland verbrachten Semestern), Immatrikulations-, Promotions- und Anrechnungsfragen (z. B. Promotionsrecht der Handelshochschulen und der Landwirtschaftlichen Hochschulen), Vorbildung der Apotheker, wissenschaftliche Fortbildung der Oberlehrer, Fragen des Frauenstudiums. Auch bei dieser Konferenz reicht die Wirkung durch die mehrtägige enge persönliche Fühlungnahme der verschiedenen Referenten im Sinne einer Vereinheitlichung der Geschäftsführung weiter, als sich aus der Liste der behandelten Themen ergibt.

Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens bestehen also mit Ausnahme des Volksschulgebietes Ansätze zu einer organisatorischen Vereinheitlichung, teils mit, teils ohne Reichskompetenz. Eine gesunde allmähliche Weiterentwicklung wird, das kann schon hier gesagt werden, beim Ausbau dieser Institutionen ansetzen müssen.

Kunst und Wissenschaft.

Neben der Schule kommt Kunst und Wissenschaft als zweites großes Gebiet kulturpolitischer Arbeit in Frage. Auch hier lag in Deutschland die Kompetenz in der Hauptsache bei den Bundesstaaten, doch hat auch das

Reich, wenigstens auf wissenschaftlichem Gebiet, erhebliche Leistungen aufzuweisen. Gewisse Gebiete unterlagen ja von Anfang an naturgemäß seiner Kompetenz, so diejenigen wissenschaftlichen Unternehmungen und Einrichtungen, die einen speziell deutschen und zwar allgemeindeutschen Charakter hatten, wie das Germanische Museum in Nürnberg, das Römisch-Germanische Museum in Mainz, die Limesforschung oder die Monumenta Germaniae historica. Das waren Aufgaben, die über den Rahmen eines Einzelstaates hinausgingen. Dann beteiligte sich das Reich, zum Teil Hand in Hand mit Preußen, an internationalen wissenschaftlichen Unternehmungen, wie Erdmessung, Erforschung der Nordmeere, Polarforschung, Erdbebenforschung, Maß- und Gewichtswesen, Bibliographie der Naturwissenschaften und ähnlichen internationalen Veranstaltungen, besonders aber an Ausstellungen und Kongressen. Weiter begründete oder unterstützte es wissenschaftliche Institute oder Forschungen im Ausland, so das Archäologische Institut mit seinen Sekretariaten in Rom und Athen, das Institut für ägyptische Altertumskunde in Kairo, das Kunsthistorische Institut in Florenz, die Sixtinaforschung und anderes. Ferner wurden Reichsmittel auch für allgemeine wissenschaftliche Zwecke, naturwissenschaftliche, medizinische usw. zur Verfügung gestellt. Soweit diese, wie z. B. die Afrikaforschung, im Zusammenhang mit der kolonialpolitischen Betätigung des Reiches standen, lagen sie unbedingt im Rahmen seiner speziellen Kompetenz; aber es verdient doch hervorgehoben zu werden, daß Unternehmungen dabei waren, die gerade so gut in den Aufgabenkreis eines Bundesstaates gerechnet werden konnten. Daß das Reich endlich auch für die wissenschaftliche Ausbildung seiner Beamten im auswärtigen und Kolonialdienst sorgte,

versteht sich von selbst, doch hat es dabei in hohem Maße die Mitarbeit Preußens und später auch Hamburgs herangezogen. Als während des Krieges zwischenstaatliche Vereine in ungeahnter Menge entstanden, hat auch hier das Reich die Führung zu übernehmen versucht.

Der aufgezählte Katalog gibt in seiner Gedrängtheit vielleicht kein ganz richtiges Bild. So erheblich die Leistung des Reiches angesichts der ihm eigentlich fehlenden kulturpolitischen Kompetenz ist, so tritt sie stark zurück gegenüber den kulturellen Leistungen der Bundesstaaten. Man denke nur an die gesamte Kunstpflege, die Museen, die wissenschaftlichen und künstlerischen Akademien, die natur- und geisteswissenschaftlichen Institute, Ausgrabungen, Forschungsreisen usw. Bei der vielgestaltigen Tätigkeit aller Bundesstaaten auf diesem Gebiete würde auch nur eine oberflächliche Aufzählung der in Frage kommenden Einrichtungen den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es soll hier nur der Finger auf den wunden Punkt gelegt werden. Der wunde Punkt aber ist der Mangel an Einheitlichkeit, an bewußter kulturpolitischer Zusammenarbeit zwischen Reich und Bundesstaaten, der hier überall zutage tritt. Um nur einige Beispiele zu geben: Das Archäologische Institut untersteht dem Auswärtigen Amte, das Kunsthistorische dem Reichsamt des Innern, das Historische dem preußischen Kultusministerium. Alle arbeiten in Italien. Jedes Ressort wacht eifersüchtig über seinen Rechten. Bei einheitlicher Leitung könnte schon allein durch die größeren Erfahrungen der ministeriellen Instanz in Personal- und Sachfragen manches erspart oder gebessert werden. Wissenschaftliche Kongresse, zwischenstaatliche Vereine und Institute, die deutsche Kultur im Ausland, Vorträge und Veranstaltungen von Deutschen im Ausland und von Aus-

ländern in Deutschland werden sowohl vom Auswärtigen Amte, wie vom Reichsamt des Innern, wie vom preußischen Kultusministerium, das in der Vorkriegszeit nahezu der alleinige Träger all dieser Bestrebungen war und das jedenfalls die weitaus größte Initiative auf diesem Gebiet entwickelt hat, beobachtet und gepflegt. Eine Fülle von Arbeit wird doppelt geleistet und zum Teil von der falschen Stelle. Reibungen bleiben nicht aus; denn auch andere Bundesstaaten haben berechtigte Ambitionen auf kulturpolitischem Gebiete. Es fehlt an einer festen Zentralstelle, die leitet und ausgleicht, ohne zu bevormunden.

Hier liegen ausgesprochenermaßen Aufgaben des Reiches, denen es sich nicht entziehen darf. Es muß sich nur sachverständige Beamte dafür zulegen. Preußen kann nach Verschiebung des politischen Schwergewichts auf das Reich nicht mehr wie in den Zeiten seiner politischen Hegemonie die auf allgemein kulturellem Gebiet liegenden Aufgaben des Reiches auf sein Konto übernehmen. Die Organe des Reiches dürfen nicht nur über die Dinge reden, sie müssen in den Dingen drinstehen, sie müssen kulturell mitarbeiten. Nur so gewinnt die Reichsbureaukratie die Fühlung mit der wirklichen Kultur des Volkes, die sie zu einer gesunden Politik nach innen wie nach außen einfach nicht entbehren kann.

Kulturpolitische Kompetenz des Reiches.

Wie sind nun diese gebieterischen Notwendigkeiten einer nationalen Kulturpolitik zu vereinen mit der kulturellen Autonomie der Gliedstaaten? Das theoretische Ziel ist natürlich: wie der politische, so der kulturelle Einheitsstaat; praktisch sind beide, wenn überhaupt, jedenfalls auf absehbare Zeit nicht

zu erreichen. Es ist auch sehr fraglich, ob die Kommunalisierung der Gliedstaaten wirklich dem deutschen Volkscharakter entspricht. Jedenfalls muß für die politische und kulturelle Eigenart aller natürlichen Provinzen Deutschlands gesorgt werden. Ein Normalmensch, ein Typus wie der Angelsachse wird der Deutsche nie werden — es wäre auch schade um ihn —, dafür ist er viel zu viel Individualist. Und weiter: er will nicht gezwungen sein, zum kulturellen Unitarismus noch weniger als zum politischen. Alles kann nur auf eine natürliche, jahrhundertlange Entwicklung eingestellt werden. Der gegenwärtige Zustand muß möglichst übernommen, es darf nur durch die Verfassung die Entwicklungsmöglichkeit nicht verbaut werden. Noch besser wäre es freilich, wenn sie durch ihre Fassung der geistigen Einheitsbewegung Hilfen böte, und eine solche Hilfe wäre die verfassungsmäßig verankerte Berechtigung des Reiches, durch Gesetz kulturpolitische Normativbestimmungen zu erlassen. Diese Normativbestimmungen müßten natürlich sehr sorgfältig erwogen werden, und jedenfalls ist die gegenwärtige aufgeregte Zeit denkbar ungünstig, etwa ein Unterrichtsgesetz für das Reich zu entwerfen. Sie müßten jedenfalls so weitherzig sein, daß auch der Gliedstaat, ja der Selbstverwaltungskörper noch Spielraum zu Experimenten behält. Es muß möglichst viel Platz für schöpferische Persönlichkeiten bleiben. Men not measures.

Nicht Gesetzgebung, sondern Vereinbarung.

Für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wirke man aber nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen mit der dabei häufig unvermeidlichen Majorisierung, sondern durch

gütliche Überredung. Den Weg weist hier die oben geschilderte Hochschulkonferenz. Man könnte ihre Kompetenzen erweitern oder ähnliche Gebilde für Volks- und höheres Schulwesen schaffen. Man müßte diesen Konferenzen ein ständiges Bureau geben, die Referenten mehr als einmal im Jahr, bei wichtigen organisatorischen Fragen für längere Zeit zusammentreten lassen und vor allem das Reich an diesen Beratungen beteiligen. Will man einen Schritt weitergehen, kann man wie bei der Reichsschulkommission dem Reich sogar den Vorsitz geben und das ständige Bureau etwa dem Reichsministerium des Innern angliedern. Reichsschulkonferenzen unter Heranziehung aller namhaften Pädagogen könnten die Kommission beraten, und so würde durch das Zusammenarbeiten der Referenten mit der pädagogischen Öffentlichkeit gute Arbeit geleistet werden können. Auf diese Weise käme die Vereinheitlichung nicht durch bureaukratische Maßnahmen, sondern durch den Sieg der Idee zur Verwirklichung. Gewiß wird die finanzielle Not noch auf lange Zeit hinaus nicht alle pädagogischen Wünsche in Erfüllung gehen lassen, aber was geschieht, wird wenigstens im Sinne der Vereinheitlichung geschehen. Wenn ein oder der andere Gliedstaat sich ausschließt, so soll man ihn ruhig seinen Sonderweg gehen lassen; es müßte merkwürdig zugehen, wenn sich in solchen Konferenzen nicht die Mehrzahl auf einem gemeinsamen Wege zusammenfinden würde. Und schließlich hat das Reich ein glänzendes Mittel, um ohne Zwang auch Widerspenstige bei der Stange zu halten, die finanzielle Beihilfe. Was eingangs theoretisch erörtert war, gewinnt hier seinen organisatorischen Platz. Wenn nicht alles trügt, wird das Reich in Zukunft zum Finanzier der Gliedstaaten werden. Diese Entwicklung wäre im Interesse der kultu-

rellen Reichseinheit nur zu begrüßen. Aber das muß langsam und von selbst kommen. Vorerst müssen die Gliedstaaten noch die nötigen Mittel behalten für die ihnen in erster Linie obliegenden Kulturaufgaben. Wenn die Entwicklung aber so läuft, wie vermutet wurde, und das Reich taktvolle und vorsichtige Beamte mit den kulturpolitischen Referaten betraut, so wird allmählich auch die kulturpolitische Führung auf das Reich übergehen; bis dahin aber dürften Partikularismus und Unitarismus sich versöhnt haben.

Auch für das weite Gebiet von Kunst und Wissenschaft wird man wohl am besten eine solche ständige Konferenz schaffen. Auf dem Gebiete der Kunstschulen, der Museen, des Theaterwesens gibt es so viele Fragen, die nach Gedankenaustausch drängen, daß man kaum versteht, daß eine solche Konferenz bisher noch nicht entstanden ist. Vermutlich besteht hier eine Fühlungnahme mehr zwischen den Direktoren als zwischen den Ministerialreferenten, aber namentlich die jüngste Entwicklung der Dinge zwingt auch die Regierungen zu gemeinsamer Stellungnahme. Jedenfalls sollten alle diese Angelegenheiten auch weiterhin zur Kompetenz der Gliedstaaten gehören. Wenn das Reich mit Nationalmuseen, Nationaltheatern, mit einer Reichsmusikschule und ähnlichem als sachverständiger, mitarbeitender und nicht nur als vermittelnder Faktor dieser Konferenz beiträte, läge das gewiß im Interesse der Sache. Auch hier könnte dann im Laufe der Zeit und vielleicht schneller und leichter als bei den Schulen eine Entwicklung eintreten, wie sie oben geschildert wurde. Bei einer Aufteilung Preußens würde diese finanzielle Verschiebung alsbald aktuell werden, da die großen Berliner Museen, Theater, Bibliothek usw. nur als Zentralanstalten einer Großmacht denkbar sind.

Zusammenfassend muß aus dem Gesagten gefolgert werden:

1. Daß das Reich in der Verfassung verankerte kulturpolitische Kompetenzen braucht.
2. Daß die kulturpolitische Führung des Reiches nicht gleich beansprucht werden kann, aber im Laufe der Entwicklung unvermeidbar erscheint.
3. Auf schulpolitischem Gebiet kein gesetzgeberischer Zwang, sondern gütliche Vereinbarung mit dem Ziel einheitlicher, aber nicht schematischer Entwicklung (ständige Konferenzen).
4. In Kunst und Wissenschaft Zusammenarbeit wie bisher, aber engere Fühlungnahme zwischen Reich und Gliedstaaten.
5. Zur Förderung seiner Bestrebungen und zur Erhöhung seines Einflusses braucht das Reich neue planmäßige Mittel, möglichst ohne zu enge Festlegung der Zweckbestimmung.
6. Auf allen Gebieten aber — und das ist die Hauptsache — sachverständige und initiativereiche Reichsbeamte.

3. Probleme der Organisation.

Das Hauptziel der vorstehenden Denkschrift ist erreicht. In der neuen Verfassung ist dem Reiche das Recht zugesprochen worden, Normativbestimmungen auf dem Gebiete des Schul- und Hochschulwesens zu erlassen (Art. 10 Nr. 2). Damit ist der erste und entscheidende Schritt zur Reichskulturpolitik getan. Man ist dann alsbald weitergegangen und hat eine ganze Anzahl solcher Normativbestimmungen gleich in die Grundrechte hineingearbeitet, so daß ein süddeutscher Kultusminister im Ausschuß nicht unrichtig sagte, man könne jetzt den generellen Artikel wieder streichen, da er ja schon im Detail ausgeführt sei. Immerhin ist ein Zuviel von Bestimmungen leichter zu ertragen als das Chaos, das bei der ungehemmten Reformfreudigkeit in vielen Gliedstaaten ohne vereinheitlichende Reichsbestimmungen in Bälde eintreten würde.

Alles kommt darauf an, daß die Reichsleitung die großen Machtmittel, die ihr die Verfassung gibt, in weiser Mäßigung zur Anwendung bringt. Geht sie zu gewaltsam vor, so dürfte bei der zentrifugalen Kraft des Kulturpartikularismus der deutschen Stämme eine das Reichsgefüge sprengende Gegenwirkung einsetzen, von deren Kraft sich der doktrinäre Eifer der Überunitarier wohl kaum eine Vorstellung macht.

Eine kulturelle Gleichförmigkeit, die übrigens ohne die Grundlage einer einheitlichen Weltanschauung undenkbar ist, bleibt schon deshalb für Deutschland eine Utopie, weil unser Volk religiös gespalten ist, von dem Gegensatz zwischen Marxismus und Christentum ganz zu schweigen. In der Schulfrage hat dieser Gegensatz seinen Mittelpunkt. Die auf den ersten Blick so verführerische Lösung,

die Religion als Privatsache zu erklären, ihre Pflege den Religionsgesellschaften zu überlassen, die öffentlichen Schulen aber religionslos zu gestalten, ist nur eine Scheinlösung; denn die religiöse Durchdringung der gesamten Erziehung, also auch der öffentlichen Schule, ist die Gewissensforderung der anderen Seite. Welche Anschauung sich auch durchsetzt, die andere Partei wird sich immer vergewaltigt fühlen. In diesem Punkt wäre also eine Einheitlichkeit nur nach einem erbitterten Kulturkampf durchzusetzen.

Ein Kulturkampf aber muß unter allen Umständen vermieden werden; jedenfalls gäbe es keinen ungeeigneteren Augenblick dafür als den jetzigen. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als sich mit der Fortdauer der alten Mannigfaltigkeit in der Form einer lokalen Differenziertheit abzufinden. Die neue kulturpolitische Reichsstelle wird sich demnach hüten müssen, Kulturpolitik mit Partei- und Kirchenpolitik zu identifizieren. Der Kulturbesitz unseres Volkes ist gottlob so groß, daß immer noch Gebiete genug übrig bleiben, um eine weitgehende Einheitlichkeit unseres Fühlens und Denkens zu erreichen, auch wenn die Weltanschauung und Parteidoktrin aus dem Spiel bleiben müssen. Die Aufgabe unterschätze man allerdings nicht. Es ist eine Frage der Organisation, aber vor allem eine Frage des Inhalts.

Wie soll die neue Reichsstelle organisiert werden? Die Frage ist in der Denkschrift mit Absicht bei Seite gelassen. Theoretisch liegt der Gedanke eines Reichskulturamtes am nächsten, d. h. einer Art von Reichskultusministerium, das mit den drei wichtigsten Kulturstellen des Reiches, dem Reichsministerium des Innern, dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirt-

schaftsamt in Fühlung stehen, aber von allen dreien unabhängig sein müßte. Hier wäre das Zentrum für eine einheitliche Kulturpolitik nach innen und nach außen zu schaffen. Dies Amt dürfte natürlich nicht nur ein Reichsschulamt sein, wie es den Nichts-als-Schulpolitikern vorschwebt, sondern es müßte neben der Schulabteilung eine solche für Hochschulwesen und Wissenschaft, eine weitere für Kunst inkl. Literatur und eine für Auslandsschulwesen und ausländische Kulturbetätigung umfassen. Praktisch ist ein solches neues Ministerium im Augenblick aus vielen Gründen — finanziellen, innerpolitischen, außenpolitischen — so gut wie unmöglich. Auch kann man, wenn man nicht vom grünen Tisch aus, sondern als praktischer Verwaltungsmann die Sache durchdenkt, sich fragen, ob man nicht mit einer Verteilung der Kompetenzen an die bestehenden Ministerien eine weit wirksamere, weil reibungsärmere Geschäftsführung erreicht.

Zunächst muß doch wohl die ausländische Kulturpolitik dem Auswärtigen Amt überlassen werden. Rein technisch gehörte natürlich das Auslandsschulwesen zur Schulabteilung der Inlandsstelle, aber unsere auswärtige Politik wird in Zukunft zum guten Teil Auslandsdeutschtumspolitik sein; diese aber wird nur mit geistigen Waffen, mit Pflege der Beziehungen zum Mutterland, also in der Hauptsache schulpolitisch, betrieben werden können. Wollte man dem Auswärtigen Amt diese Betätigung nehmen, so würde man es gewaltsam auf Wirtschaftspolitik beschränken, was ein verhängnisvoller Fehler wäre. Unsere Außenpolitik muß aus der rein wirtschaftlichen Fragestellung heraus. Sie muß mit Ideen arbeiten lernen. Die Auslandsbehörde braucht dafür Fühlung mit der kulturellen Inlandszentrale, sie darf aber nicht nur Briefträger sein. Da ließe sich an ein Arbeiten mit

gemeinsamen Referenten denken, oder es könnte der Hauptreferent des einen Amtes Korreferent im anderen sein, so daß die beiden kulturpolitischen Stellen auch ohne schriftlichen Verkehr stets über die beiderseitigen Fragestellungen und Arbeitsgebiete unterrichtet wären. Andererseits könnte jedes Ressort den ihm speziell gestellten Aufgaben in seinem eigenen Kreise und mit seiner besonderen Zielsetzung gerecht werden. Ob dabei die zurzeit bestehende zufällige Verteilung der Aufgaben bestehen bleiben soll, bedarf der Nachprüfung. Die Auslandsinstitute und internationalen Unternehmungen wären m. E. so auf die beiden Ämter zu verteilen, daß man nach ihren letzten Zielen fragte. Dienen sie z. B. der heimischen Wissenschaft, wie das Archäologische Institut, so gehören sie trotz ihrer Betätigung im Ausland unter die Leitung der kulturpolitischen Inlandsstelle, ist ihr Zweck aber in erster Linie ein politischer, d. h. dient er der internationalen Verständigung, wie z. B. die Gastbesuche ausländischer Professoren, zwischenstaatliche Vereine und ähnliches, so wäre dafür das Auswärtige Amt zuständig. Hier muß ein fester Regierungswille jeden Ressortpartikularismus, so sehr er sich auch hinter Gewohnheit und Herkommen steckt, im Interesse der Gesamtheit brechen. — Sollte eine klare Vereinigung aber nicht zu erreichen sein, so darf daraus jedenfalls keine Verärgerung erwachsen; denn wichtiger als eine logisch korrekte Verteilung der Aufgaben ist das einmütige und vertrauensvolle Zusammenarbeiten beider kulturpolitischer Stellen.

Auch die inländische Zentralstelle kann nämlich der Hilfe des Auswärtigen Amtes nicht entbehren. Einmal ist die Wissenschaft international, und schon deshalb liegen die Auslandsbeziehungen der Pflegestelle der Wissenschaft auf der Hand (Bücheraustausch, Amerika-

Institut, Kongresse und ähnliches). Auch befinden sich die Objekte der Forschung häufig im Ausland, Forschungsreisen sind unentbehrlich, und das Ausland selber wird in immer höherem Maße nicht nur naturwissenschaftlich, sondern auch soziologisch Objekt deutscher wissenschaftlicher Arbeit. Weiter verlangt die Schulpolitik eine Sammelstelle für pädagogische Erfahrungen des Auslandes. Wir dürfen uns in diesem Punkt nicht isolieren, sondern müssen die Erfahrungen anderer Völker ausnutzen. Daran hat es mangels einer amtlichen Stelle bisher sehr gefehlt.

Hauptaufgabe aber müßte naturgemäß die inländische Kulturpolitik sein, die nach den drei großen Aufgabenkreisen, der Wissenschaft, der Schule und der Kunst sich zu gliedern hätte. Auch eine eigene Abteilung für Volksbildung (Volkshochschulwesen) dürfte zweckmäßig sein. Auf dem Gebiete der Wissenschaft wäre Fühlung einerseits mit den Hochschulen zu halten, worauf hier nicht weiter eingegangen zu werden braucht, andererseits aber auch mit dem Reichswirtschaftsamt; denn nicht nur das geistige Leben, sondern auch unser Wirtschaftsleben wird der Wissenschaft nicht entbehren können. Je ärmer wir werden, desto notwendiger wird es sein, das ganze Rüstzeug der Wissenschaft in den Dienst der Industrie zu stellen. Die Bewegung, die mit der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft eingesetzt hat, wird weitere Kreise ziehen. Der praktische Erfolg solcher Arbeitsgemeinschaft wird davon abhängen, welches Verständnis die beteiligten Industrien für die zunächst wissenschaftlichen Formulierungen ihrer Probleme haben. Andererseits wird es der Wissenschaft nicht zum Schaden gereichen, wenn sie von Fragestellungen ausgeht, die sich aus Forderungen praktischer Anwendung ergeben. Nur muß die Freiheit der Arbeit des Gelehrten innerhalb des Gesamtproblems

gewahrt sein. Unter dieser Voraussetzung ist auch die Verwendung privater Mittel, insbesondere aus den Kreisen der beteiligten Industrien, unbedenklich. Für die Verwirklichung dieser Pläne werden solche Mittel nicht entbehrt werden können. Auf der anderen Seite muß aber dafür Sorge getragen werden, daß unsere naturwissenschaftliche Forschung nicht ausschließlich unter den Gesichtspunkt der industriellen Nutzanwendung gerät, wie ja leider unsere Geisteswissenschaft schon stark von verlagstechnischen Gesichtspunkten abhängig ist. Will man das vermeiden, muß man irgendwo die Möglichkeit schaffen, daß Wissenschaft auch unter industriellen Fragestellungen betrieben wird. Es muß eine wissenschaftlich autoritative und wirtschaftlich neutrale Stelle sein, und es muß überlegt werden, ob und in wie weit der Staat daran beteiligt werden darf. Beobachten muß der Staat diese Bewegung unter allen Umständen, und auch dafür ist die zentrale Kulturstelle da. Es ließen sich dann auch neue Wirkungsmöglichkeiten denken für staatliche Anstalten wissenschaftlich-praktischen Charakters, wie die Physikalisch-technische Reichsanstalt, die jetzt unter dem Reichsministerium des Innern steht, und das Materialprüfungsamt, das von dem preußischen Kultusministerium ressortiert. Hier muß überall vereinfacht, zusammengezogen und gespart werden, und trotzdem könnte die Wirkungsmöglichkeit bei sachverständiger und weitblickender Verwaltung noch vermehrt werden. Wie dies Beispiel zeigt, wird man hier über den Rahmen der reinen Reichsverwaltung herausgehen und gliedstaatliche Einrichtungen in ein großes System mit einbeziehen müssen.

Ebenso wichtig ist dann die Schulabteilung, von der schon einiges gesagt wurde. Hier wäre zunächst die gesamte Statistik zu vereinigen. Dann könnte für päda-

gogische Generalien an eine Arbeitsgemeinschaft mit dem „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht" gedacht werden. Weiter müßten hier die Leitsätze für das Lehrerbildungswesen, deren Aufstellung ja nach Art. 140 der Verfassung Reichssache ist, ausgearbeitet werden, wobei natürlich nicht wie in den Grundrechten immer nur an die Volksschullehrer gedacht werden dürfte. Dann schließlich muß von hier aus der Ausbau der Einheitsschule, wie alle Schulreform überhaupt, einheitlich geleitet werden. Ob mit oder ohne Reichsschulkonferenz, diese Frage ist jedenfalls keine rein pädagogische. Bei dem komplizierten System der Schulunterhaltung, den mannigfachen Systemen der Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden in den einzelnen Gliedstaaten liegt hier auch ein verwaltungstechnisches und finanzielles Problem vor, das keinesfalls von Pädagogen allein gelöst werden kann. Hier brauchen wir organisatorische Kräfte ganz großen Stiles und Leute nicht nur mit Schul-, sondern mit Verwaltungserfahrung, sonst wird die Einheitsschule ein Produkt des grünen Tisches, das unserem Volke nie zum Segen gereichen wird.

Die Kunstabteilung endlich ist ebenfalls schon in der Verfassung vorausgesetzt. Das Theater- und Lichtspielwesen unterliegt nach Art. 7 Nr. 20 schlechthin der Reichsgesetzgebung. Nach Art. 150 ist es Sache des Reiches, die Abwanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland zu verhindern, während die Denkmäler der Kunst Schutz und Pflege der Gliedstaaten genießen. Die allgemeine Fürsorge für die Kunst ist in der Hauptsache noch Aufgabe der Gliedstaaten, aber wie beim Theater wäre eine grundsätzliche Oberaufsicht des Reiches wenigstens in normativer Hinsicht nur ein Gewinn. Im übrigen darf hier auf das verwiesen werden, was in der Denk-

schrift gesagt ist. Jedenfalls hängt die Kunstpflege aufs engste mit den anderen Gebieten zusammen. Alle dienen auch der Volksbildung, und je mehr das Reich aus einer Bureaukratie ein lebendiger Organismus werden will, um so tiefer muß es sich mit den Problemen der Volksbildung befassen, weshalb auch das Volkshochschulwesen eigentlich eine Reichsaufgabe wäre. Je mehr wir uns zum Einheitsstaat entwickeln, desto mehr wird sich die Reichsregierung bzw. ihre Kulturstelle darum zu kümmern haben.

Soll man nun wirklich ein Reichskulturamt begründen, wie es vielfach gefordert wird? Sehr viel spricht dafür, vor allem die Notwendigkeit, die Arbeitsgebiete mehrerer bisheriger Reichsämter und gliedstaatlicher Ministerien zusammenzufassen. Eine Abteilung beim Reichsministerium des Innern wird immer mit der Ressorteifersucht der anderen Stellen zu kämpfen haben. Selbst wenn man, wie vorgeschlagen, dem Auswärtigen Amt seinen Wirkungskreis läßt, bleiben noch zwei wichtige Reichsämter und das preußische Kultusministerium, das unter den gliedstaatlichen Kultusministerien wegen seiner Größe und seiner universellen Behandlung dieser Probleme als bisheriger Ersatz für eine Reichskulturstelle eine Sonderstellung einnimmt. Besser wäre freilich ein selbständiges Amt für Kulturpolitik im Innern. Da aber der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache, wird man sich zunächst mit einer eigenen Abteilung beim Reichsministerium des Innern abfinden müssen.

Die große Aufgabe dieser Stelle wird es sein, einen modus vivendi mit den gliedstaatlichen Kulturstellen zu finden. Dabei wird eine weiche Hand und ein langsames Vorgehen unentbehrlich sein. Es gibt kein Gebiet der Politik, bei dem soviel Takt nötig ist. Die Vergewalti-

gungen, die man sich von der Nationalversammlung bei der Verfassung noch hat gefallen lassen, sind von Seiten einer Bureaukratie ohne Wurzeln in den Gliedstaaten unerträglich. Wenn die Reichsregierung ihre bisherigen Methoden der Nichtachtung oder des Übergehens der Gliedstaaten auch auf kulturpolitisches Gebiet zu übertragen versuchen sollte, könnte sie Überraschungen erleben, die ihre Existenz bedrohen. Der gute Wille zur Zusammenarbeit ist wenigstens in Preußen vorhanden, wie die vorstehende Denkschrift zur Genüge beweist, aber man gehe auch den Weg der Zusammenarbeit, wie er oben vorgeschlagen wurde. Der Ressortpartikularismus ist hier berechtigter als zwischen den Reichsämtern, weil er in der Stammeseigenart wurzelt und nicht nur ein Machtanspruch ist. Man bilde möglichst bald die verschiedenen ständigen Konferenzen. Jetzt ist alles in Fluß, und man lasse nicht die Gliedstaaten die überall gleichen Probleme in verschiedenen Formen lösen. Das ist später nur unter schweren Krisen wieder rückgängig zu machen. Man verlasse sich vor allem nicht auf Reichsgesetze, sondern sondiere vorher den Boden durch Beratung mit den wirklich sachverständigen Stellen. Parlamente, selbst Kommissionen sind das nie, wenn auch noch so viele Volksschullehrer und Universitätsprofessoren darin sitzen. Jedenfalls lasse man möglichst bald an Stelle partei- oder standespolitischer Debatten wirkliche Detailarbeit treten, bei der nach der Sache und ihrer Verwirklichung und nicht nach deklamatorischer Wirkung gefragt wird. Nach den Interessenten gebührt jetzt endlich den Sachverständigen das Wort. Es ist Zeit genug verloren. Die Arbeit muß beginnen. Je schneller desto besser; denn Gefahr ist im Verzuge. Die Initiative kann natürlich nur von der Reichsleitung ausgehen.

Initiative wozu? Zur Organisation? Wirklich nur zur Organisation? Es ist richtig, daß alles bisher Gesagte, daß auch die Denkschrift nur Organisationsfragen betraf. Organisation scheint bei uns Deutschen alles. Unser partikularer und spezialistischer Sinn feiert im Organisieren wahre Orgien, ja, ein deutscher Philosoph, einer unserer besten Köpfe, ist sogar dabei, eine Philosophie der Organisation auszubauen. So geistreich und fruchtbar das ist, für die Menge bleibt es immer eine Gefahr, vor dem Formellen das Inhaltliche zu vergessen. Es gibt in Deutschland Organisationen, die nur auf einen Gedanken lauern, um in Wirksamkeit zu treten, inzwischen aber einmal als Selbstzweck vegetieren. Leider ist es auch auf kulturpolitischem Gebiete manchmal nicht anders. Selbst die Einheitsschule ist doch so, wie sie meist behandelt wird, auch nur ein organisatorisches Problem. Das darf sie aber nicht sein. Der gesunde soziale Gedanke bekäme dadurch eine rein mechanistische Lösung. Die Einheitsschule hat nur dann einen Sinn, wenn sie mit einem einheitlichen Bildungsgedanken erfüllt wird.

4. Wege zu einer deutschen Einheitskultur.

Wichtiger als alle Organisationen sind in der Kulturpolitik sowohl nach innen wie nach außen die Kulturinhalte. Über sie sollten wir uns zu allererst klar werden. Haben wir sie gefunden, so müssen wir ihnen beharrlich nachleben, so müssen wir ihnen wie Leitsternen folgen und all unser Tun und Lassen im Hinblick auf sie einstellen. Nur einheitliche Ideen führen zu einer einheitlichen Kultur. Diesen kulturpolitischen Zielen gebührt aber auch der Vorrang vor allen anderen Zielsetzungen, so vor allem vor den wirtschaftlichen. Man darf mit seinen Kulturidealen nicht in Widerspruch geraten bei der Wirtschaftspolitik, die man treibt. Das gibt Sechswochenerfolge, aber keinen Erfolg auf die Dauer. Hier liegt z. B. die große Stärke des Zentrums, daß es als einzige deutsche Partei nicht von einer wirtschaftspolitischen, sondern von einer kulturpolitischen Basis ausgeht, und dieser Zielstellung alle anderen Fragen nachordnet. Man kann sich zum Zentrum stellen, wie man will, dieser Erkenntnis wird sich der objektive Beobachter nicht verschließen können. Auch die deutsche Kulturpolitik braucht solche ideelle Basis. Sie kann sie bei der tatsächlichen Lage nicht dem Zentrum entlehnen, sondern sie muß eine Basis schaffen, auf der alle Parteien oder doch die überwiegende Mehrzahl der Deutschen sich zusammenfinden können. Das ist wichtiger als alle Organisationen.

Schon eingangs wurde gesagt, daß als einigendes Band die Weltanschauung im engeren Sinne leider nicht in Frage kommen kann, aber es gibt Grundanschauungen von Volk und Leben, die zu einer großen Einheitlichkeit zusammenwachsen können, ohne durch die Verschieden-

heit religiöser oder nichtreligiöser Weltanschauungen gestört zu werden. Sollen sie aber eine lebensbestimmende und das ganze Volk bindende Kraft gewinnen, so müssen ihre Ziele allerdings in jedem Augenblick allen anderen Zielen vorangestellt werden, so müssen sie unser ganzes Leben, vor allem unsere Erziehung, durchdringen und unverrückbare Ideale deutscher Kultur werden, so wie es das Gentlemanideal für die englische ist. Nur dann sind sie wirklich von zwingender Gewalt.

Gibt es nun solche Ideale? Ja und tausendmal ja! Es sind die Richtlinien, ohne die eine Wiedergeburt von innen heraus undenkbar ist, doch muß von vornherein gesagt werden, daß man von ihnen keine Wiederherstellung des Deutschlands von 1914 erwarten darf. Das Rad der Geschichte rollt nicht rückwärts. Restaurationen wie die in Frankreich nach der Revolution oder wie die Kaiser Justinians sind ohne Lebenskraft; man baue bewußt neu auf, man verachte dabei nicht die Ideale der Vergangenheit, aber man blicke nach solchen der Zukunft. Tausend Schleier decken, was vor uns liegt. Was wir Zeitgenossen durchlebt haben, vermag keiner von uns objektiv zu beurteilen. Deshalb werden die Forderungen an die Zukunft von der Not der Zeit ausgehen müssen, sie können nie und nimmer als endgültige und gewiß nicht als erschöpfende Normen gelten wollen, aber sie sind ein Beitrag, eine Vorstufe zu solchen, die ein gütiges Geschick uns in ruhigerer Zeit bescheren möge.

Was wir zunächst brauchen, ist Bewußtsein unserer selbst als Volk. Man kann die Aufgabe als Erziehung zur Nation umschreiben, wobei nicht etwa an Nationalismus, ja nicht einmal an einen Staatsbegriff gedacht wird. Wir müssen unsere Individualität im Kreise der Völker

begreifen und ausbilden lernen. Es fehlt in unserem Volkscharakter die Kategorie des Nationalen[1]. Wir schwanken als Volk hier wie überall zwischen zwei Extremen hin und her, dem partikularistischen und dem kosmopolitischen, wie wir als Individuen uns ausleben bald im Individualistischen, bald im Unbegrenzten. Uns fehlt also als Einzelwesen der politische Sinn, als Volk das Volksbewußtsein oder der nationale Gedanke.

Das ist eine bittere Erkenntnis. Schon eingangs wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß wir die fehlende Anlage durch Erziehung ersetzen müssen. Dabei entspricht es wohl unseren innersten Gegebenheiten, wenn wir dabei nicht die Staatsnation, sondern die Kulturnation ins Auge fassen. Die Kultur wächst aus dem Wesen eines Volkes hervor. So müssen wir unser Wesen nach seiner Tiefe, wie nach seiner Weltweite vom Standpunkt Fichtes und vom Standpunkt Humboldts in seiner Eigenart gegenüber anderen Völkern begreifen lernen. Wir suchen es in der Geschichte unseres Volkes. Der „gotische Mensch" lebt als Sehnsucht in den Besten unserer Zeit. Auf dem gleichen Wege liegt es, wenn Ernst Troeltsch[2] den nordisch-germanischen Zug unserer Bildung neben Humanismus und Christentum in den Vordergrund rückt. Auch zum deutschen Katholizismus gewinnt man eine neue Stellung, wenn man seine Wurzel nicht mit parteipolitischer oder konfessioneller Brille ultra montes, sondern in dem gleichen echt germanischen Gemütsbedürfnis sucht, aus dem auch die deutsche

[1] Vergl. zum Folgenden das sehr beachtenswerte Buch des Grafen Keyserling, „Deutschlands wahre politische Mission", Reichls Verlag 1919.

[2] In dem Aufsatz „Deutsche Bildung" in dem Sammelband „Der Leuchter" im gleichen Verlage.

Mystik des Mittelalters und die deutsche Romantik entsprossen sind.

Neben der Sehnsucht nach dem Irrationalen steht auch hier wieder echt deutsch in unvermittelter Gegensätzlichkeit der Gegenpol des deutschen Rationalismus, der, von Kant und Hegel kommend, über Karl Marx den deutschen Sozialismus beherrscht. Wenn die deutsche Erziehung erst einmal begreifen lehrt, daß diese jetzt zu Weltanschauungsgegensätzen entwickelte Polarität eine Naturnotwendigkeit deutscher Charakteranlage ist, so wird wenigstens in der ethischen Wertung diesem unser Volk sprengenden Gegensatz das Gift entzogen. So sollte unsere Erziehungspolitik den deutschen Gedanken pflegen, nicht indem sie naturnotwendige Gegensätze deutschen Wesens und damit deutscher Gesellschaftsgliederung durch Kampfansage des einen Teils an den anderen verschärft, sondern indem sie die letzten Ursachen unserer Spaltung aufklärt und die Spannungen in unserer Gesellschaft als natürliche Ausflüsse des kontrastreichen deutschen Wesens verstehen, lieben und damit überwinden lehrt. So führt die Pflege des Volksgedankens zur Überbrückung innerpolitischer Gegensätze; von seiner ebenso bedeutungsvollen außenpolitischen Wirkung wird noch die Rede sein. Es muß allerdings ein starker kulturpolitischer Wille dahinter stehen, der vom Schulbuch an bis zur Äußerung des leitenden Ministers gesinnungsbildend alles durchdringt.

„Der Mensch kann nur dasjenige wollen, was er liebt; seine Liebe ist der einzige, zugleich auch der unfehlbare Antrieb seines Wollens und aller seiner Lebensregung und -bewegung" — sagt Fichte. Wir müssen also, wenn der nationale Gedanke im Mittelpunkt unserer Erziehung stehen soll, vor allem unser Volk, unsere Eigen-

art, unser deutsches Wesen lieben und zwar über alles lieben.

Ist das möglich in einem Augenblick, wo die Besten unseres Volkes an ihm irre werden? Wo Habsucht und Eigennutz, Plan- und Zuchtlosigkeit, zwecklose Brutalität und geistlose Unduldsamkeit der welschen Mär von der blonden Bestie eine fürchterliche Realität verleihen? Wie viele haben nicht zu sich oder vor anderen gesagt: „Mit diesem Volke mögen wir nichts mehr zu tun haben; wir schämen uns seiner Würde- und Charakterlosigkeit; wir wandern aus, oder wir ziehen uns ganz zurück.“ Dabei hat jeder immer nur an die anderen gedacht, und jede Partei die anderen Parteien als die Schuldigen verklagt, während wir doch alle miteinander schuld sind, zwar nicht an unserem Unglück, aber an der Würdelosigkeit, mit der wir es ertragen. Die innerliche Not, in der wir uns befinden, ist viel größer als die äußere. Wir zeigen uns jetzt vor aller Welt nackt in unserer ganzen menschlichen Schwäche. Trösten kann uns nur der Gedanke, daß auch hier das Gesetz der charakterlichen Polarität sich betätigt, daß der unerhörten Erbärmlichkeit des Augenblicks eine unerhörte Lebendigkeit und Stärke zu anderen Zeiten entspricht, daß der Arbeitsunlust und dem Lohnkampf die überlegene Arbeitskraft und die Selbstlosigkeit normaler Verhältnisse gegenüberstehen.

Wie ein Sinnbild des deutschen Volkes sehe ich körperlich greifbar vor mir Platos Bild von der Seele, wie er es in der zweiten Rede des Sokrates auf die Liebe im „Phaidros“ zeichnet. Der Wagenlenker sucht das Doppelgespann eines edlen fügsamen Schimmels und eines wilden ungezügelten Rappen zu beherrschen, von denen der eine die edlen, der andere die unedlen Triebe verkörpert, und es liegt an dem Willen und der Kunst des

Wagenlenkers, den Rappen in die Bahn des Schimmels zu lenken; aber es ist fast unvermeidlich und jedenfalls menschlich, daß auch zuweilen der Schimmel in die wilde Fahrt des Rappen mit hineingerissen wird. Was Plato hier vom Kampf und Erleben der Seele schildert, ist deutsches Schicksal. Andere Völker sind gemessener, sind typischer, sie haben Pferde gleichmäßigen Temperaments vor ihrem Seelenwagen; aber sie haben dafür auch nicht die Fülle, nicht den Reichtum des Menschlichen, sie kennen nicht das Faustische Erleben wie wir, und sie entsetzen sich wie korrekte Bürger über den Strudel der Walpurgisnacht, in der unser ganzes Volk im Augenblick umherwirbelt. Mit Recht, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, haben unsere Klassiker, wie Schiller und Fichte, den Satz verfochten, daß Deutschsein Menschsein heißt; nie ist er wahrer gewesen als jetzt, wo schuldloses und schuldvolles Leid in tragischer Mischung uns zermürbt. Da wollen wir aus Mitleid, wie zu anderen Zeiten aus Bewunderung, dies menschlichste aller Völker mit ganzer Liebe umfassen. Aus unserem Wesen dürfen wir die Hoffnung zum Aufstieg entnehmen.

Lernen wir überall das Menschliche verstehen und lieben. Suchen wir den deutschen Gedanken zunächst in uns selber, dann in unserem Volk, stellen wir ihn heraus in seiner irrationalen und seiner rationalistischen Prägung, aber befreien wir ihn — bei stärkster individueller Staatsgesinnung — von staatlicher Enge, vom Zwang der Grenzpfähle, haben wir den Mut, den gesegneten Gedanken eines unserer Jüngsten in die Tat umzusetzen, indem wir die Staatsangehörigkeit zurücktreten lassen hinter der Volkszugehörigkeit, oder pflegen wir beide nebeneinander. In welcher Form auch immer, wir müssen uns erziehen zum Bewußtsein unserer selbst.

Dabei darf nicht in erster Linie an nationalstaatliche Vorteile und Aussichten gedacht werden, sondern an nationalethische Werte. Nur so kommen wir zu dem nationalen Selbstbewußtsein, das Selbstsicherheit ist und sich nicht immer in Positur zu setzen braucht. Diese nationale Geschlossenheit brauchen wir aber unbedingt im Menschheitsrat der Völker. Nicht etwa der Staat Deutsches Reich im Wilsonschen Völkerbund — das steht auf einem ganz anderen Blatt —, aber die deutsche Kulturnation, die ja weit über die Grenzen schon des alten und ganz gewiß erst des künftigen Deutschen Reiches hinausragt, als Menschlichkeitstyp in der geistigen Auseinandersetzung mit anderen Menschheitstypen.

Auf diesen Weg aber drängt die Weltentwicklung hin. So wenig es im Augenblick äußerlich danach aussieht, — der Raubritterstandpunkt des staatsnationalen Egoismus ist innerlich überwunden. Nichts wäre verkehrter, als unsere Erziehung unter ein imperialistisches Ideal zu stellen. Gewiß könnte man die Deutschen im Ausland, die ja nach Millionen zählen und durch die unvermeidliche Auswanderung noch dauernden Zuzug erhalten werden, zu einer großen Irredenta organisieren, die in allen Ländern als Ferment, als Sprengmittel wirken könnte. Nichts wäre verkehrter als das. So sehr wir hoffen und nie aufhören werden zu hoffen, daß alle geschlossen zusammen wohnenden Deutschen, welchen Stammes auch immer, dereinst auch staatlich geeint sein werden; kein Mittel wäre verfehlter, als das durch eine verhetzende Irredentapolitik erreichen zu wollen. Das kulturelle und stammhafte Zugehörigkeitsgefühl sollten wir allerdings nach Kräften zu erhalten bestrebt sein, zugleich aber alles tun, daß die jetzt Abgegliederten, so schwer es ihnen ankommen mag, sich als loyale Staats-

bürger ihrer neuen Staatsgemeinschaft fühlen lernen. Ihre große Aufgabe wird es sein, nicht als Sprengmittel, sondern als Klammer um die beteiligten Völker Mitteleuropas zu wirken.

Das Auslandsdeutschtum muß in seiner kulturellen Einheit, seiner kulturellen Zielsetzung zu einem ebenso starken internationalen Band werden wie der Sozialismus oder die katholische Kirche. Die natürlichen Rassenunterschiede der Völker und die darin wurzelnden Gegensätze sind nicht aus der Welt zu schaffen, nur der Deutsche ist imstande, weil er in seinem Volkscharakter das Allgemeinmenschliche am reinsten verkörpert, als völkerverbindendes Glied zu dienen, wozu ihn auch die geographische Lage seiner Heimat geradezu prädestiniert. Das ideelle Gut, das er zur Weltkultur beizusteuern vermag, kann wohl verglichen werden mit der religiösen Forderung des Christentums und der ethischen des Sozialismus.

Wir müssen uns nur entschließen, die Traditionen der Bismarckisch-Wilhelminischen Ära zu vergeistigen. Damit soll nichts über die Güte und die Erfolgsmöglichkeit der Bismarckischen Politik gesagt sein. Es hätte auch so gehen können, wenn man wirklich weiter Bismarckische Politik getrieben hätte. Nicht ohne unsere Schuld, aber ganz gewiß nicht allein oder hauptsächlich durch unsere Schuld, ist diese machtpolitische Lösung des deutschen Problems im Weltkrieg gescheitert. Damit müssen wir rechnen, so widersinnig und ungerechtfertigt es uns auch scheint. Das deutsche Volk ist wichtiger als die deutsche Weltmachtstellung. Eine Einstellung auf rein materielle oder machtpolitische Werte würde im Augenblick nicht nur ein Wahnsinn sein, sondern ein Verrat am Deutschtum; denn die deutsche Seele ist in Gefahr.

Sie aber kann nur gerettet werden in jahrzehntelanger Arbeit an uns selber. Wie die großen Erfolge des englischen Kapitalismus im Idealismus der calvinistischen Lebensauffassung ihre tiefste Wurzel haben, so können auch wir vielleicht wieder materiell reicheren Zeiten entgegengehen. Aber Ziel und Ausgangspunkt unserer Politik darf das nie und nimmer sein. Wir brauchen Ideale, denen wir unentwegt nachstreben, die zur Verinnerlichung unserer so sehr materialisierten Lebensauffassung dienen. Dann wird uns alles andere von selbst zufallen.

Das gilt besonders auch für die auswärtige Politik. Nachdem wir zum Friedensvertrag einmal Ja gesagt haben — richtiger, weil idealistischer und wahrhaftiger, wäre ein Nein gewesen —, müssen wir unser Wort zu erfüllen versuchen. Auch in der Gesinnung. Die Feinde müssen innerlich überwunden werden. Wenn wir uns treu bleiben, wird einst der Tag der Scham für unsere Gegner kommen. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß durch Leiden die Welt überwunden wird. Dann wird es in einem neuen Europa weder Herrscher- noch Sklavenvölker, sondern eine zu gemeinschaftlicher Arbeit verbundene Völkerfamilie geben. Diesem Ziel muß aber unsere ganze Politik dienen. Wir werden mit unserer Außenpolitik Schiffbruch leiden, so lange wir sie nach der kaufmännischen und industriellen Privatwirtschaft orientieren, statt nach kulturpolitischen Idealen. Bisher war Kulturpolitik in der Außenpolitik ein Vehikel wirtschaftlichen Einflusses oder ein graziöser Schnörkel auf dem kaufmännischen Wechsel. In Zukunft müssen feste kulturpolitische Ziele Richtschnur und Schranke auch für unsere Wirtschaftspolitik sein.

Sind das wirklich nur Utopien eines weltfremden Schwärmers? Es ist nüchterne Realpolitik, die aller-

dings einen Grad von Echtheit voraussetzt, zu der das Volk der Dichter und Denker fähig sein sollte. Ob sich dazu aber das Volk der Streiker und Schieber aufraffen wird? Im Augenblick wohl nicht, aber die neue Erziehung muß dafür sorgen, daß einst eine andere Generation heranwächst. Und wieder taucht Fichtes prophetische Gestalt vor uns auf, und wir hören seine heute in einem neuen Sinn gültigen Worte, „daß es schlechthin nur die Erziehung und kein anderes mögliches Mittel sei, das die deutsche Selbständigkeit zu retten vermöge." „Die deutsche Vaterlandsliebe hat ihren Sitz verloren; sie soll einen anderen breiteren und tieferen erhalten, in welchem sie in ruhiger Verborgenheit sich begründe und stähle, und zu rechter Zeit in jugendlicher Kraft hervorbreche, und auch dem Staat die verlorene Selbständigkeit wiedergebe. Wegen des Letzten können nun sowohl das Ausland als die kleinlichen und engherzigen Trübseligkeiten unter uns selbst in Ruhe verbleiben; man kann zu ihrer aller Troste sie versichern, daß sie es insgesamt nicht erleben werden, und daß die Zeit, die es erleben wird, anders denken wird, denn sie."

Auch die Zeit, der wir entgegengehen, wird anders denken, und es heißt unsere Jugend darauf vorbereiten, soweit sie dessen noch bedarf; denn die beste Jugend unserer Tage ist uns auf diesem Wege schon weit vorausgeeilt. Nicht aus Reflexion und aus dem Erlebnis, wie wir, sondern aus dem Impuls und der Intuition der Jugend. Sie muß uns helfen, das neue Geschlecht zu erziehen, nicht nur in dem neuen Geist des nationalen und kulturellen Selbstbewußtseins, sondern auch in einer geläuterten ethischen Lebensauffassung.

Wir müssen heraus aus der Unwahrhaftigkeit und der Selbstsucht, die im Kriege Militär und Wirtschaft ver-

dorben haben, die aber auch schon vor dem Kriege an manchen Orten verborgen saßen, wo wir uns so an sie gewöhnt hatten, daß wir sie, wie z. B. in der Schule, als entschuldbar oder gar halb heroisch, jedenfalls aber als ganz selbstverständlich ansahen. Wir müssen zu einer freieren Willensbildung hindurch; nur dann wird Raum für freie Menschenwürde. Hier liegt ein gewaltiges pädagogisches Problem, das wir nur deshalb meist so geringschätzig beurteilen, weil unser ganzes Erziehungssystem zu ausschließlich auf den Intellekt eingestellt ist. Wir müssen wieder Ehrfurcht bekommen vor dem Irrationalen. Die Naturwissenschaft und ihre Philosophie, der Positivismus, haben zusammen mit dem Marxismus die so ins Geheimnisvolle, Unendliche und Wunderbare strebende Seele des Deutschen auf das Experiment, das Beobachtbare, das Wirtschaftliche, Nüchterne und Rationale gedrillt, daß es nicht wundernehmen darf, wenn wir seelisch verdorrten, und wenn jetzt die Gegenwirkung weit über das Ziel hinausstößt, und Spiritismus und Zauberglaube selbst Hochstehende in ihrem dunklen Drange erfassen. Hier heißt es, die Kritik neben die Ehrfurcht zu stellen, aber ganz gewiß auch die Ehrfurcht neben die Kritik.

Damit hängt es zusammen, daß wir Bildung und Wissenschaft verwechselt haben und die tiefen und unerklärlichen Beziehungen zwischen Menschen und die stille Selbstbeschauung, die nur in der Muße wachsen kann, als wertlos verachtet haben. Mahnend klingt aus der „Seeschlacht" des jugendlichen Dichters Goering die Entdeckung des Matrosen an unser Ohr, daß es noch etwas gibt „zwischen Mensch und Mensch". Hier liegen ethische Werte, die in unserer Bildung voll zur Geltung kommen müssen, neben den intellektuellen. Auch hier brauchen wir den Entschluß zu einem völligen Umbau.

Eng damit hängt eine dritte Forderung zusammen, die als kulturpolitisches Ziel aufgestellt werden muß: die Sachlichkeit. Wir müssen aus dem Utilitarismus unserer Zielsetzungen heraus. Hier hat uns die Politik, die Parteipolitik, seelisch aufs tiefste geschädigt, indem sie uns gewöhnt hat, das Taktische über das Sachliche und das Absolute zu stellen. Wir müssen uns wieder zu absoluten Forderungen durchringen. Das braucht nicht ein Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-wollen zu sein. Aber wie der Christ unentwegt an die Absolutheit seiner religiösen Überzeugung glaubt und mit der Doppelmoral des gewöhnlichen Lebens in ständigem Zwiespalt lebt, in diesem Kampf aber zu charakterlicher Größe erwächst, so müssen auch uns sachliche Ziele wieder lebensbestimmend, oder, wenn wir sie nicht immer verwirklichen können, doch wenigstens charakterbildend werden.

Die sachliche Einstellung wird uns auch dazu führen, die unerträglichen Parteidogmen zu überwinden, die, innerlich erstorben, noch überall der neuen Wahrheit, der neuen Einstellung und dem neuen Gesellschaftsaufbau den Weg versperren. Die Sachlichkeit führt uns dann weiter zu einer neuen Wertung des Berufs. Schon bei der Erziehung müßte das eine Rolle spielen. Nicht Lohn oder Strafe, sondern ein inneres Verhältnis zum Gegenstand müßte die Triebfeder der jugendlichen Arbeit sein, wenn auch nie die Liebe zur Person im Zusammenwirken von Lehrer und Schüler ausgeschaltet werden sollte. Aber diese Liebe sollte ihre Auslösung in der Liebe zur Sache finden. Dann wird der Jüngling seinen Beruf wählen nicht aus Herkommen oder aus Notdurft, sondern weil ihn gerade diese Arbeit freut und beglückt. Der Gärtner arbeitet dann nicht mehr um des Lohnes willen, sondern aus Freude am natürlichen Wachsen und Werden,

der Bergarbeiter, weil er die grundlegende Bedeutung der Kohle oder des Eisens für den Wirtschaftsprozeß des Volkes erkennt und gerade dieses Glied in der Kette der Arbeitsteilung bilden will, der Verwaltungsbeamte, weil ihn Menschenbehandlung oder Organisation innerlich befriedigt, und so jeder an seinem Platze. Wie weit sind wir davon entfernt! Aber nach diesen Zielpunkten müssen unsere Erzieher blicken. Der Gleichgültige muß geweckt, der Indolente aufgerüttelt werden. Ein Erziehungsideal ist das immer gewesen. Gerade wir Deutsche brauchen bei unserer inneren Gespaltenheit diesen Antrieb zur Vereinheitlichung unserer Persönlichkeit, der Ausgangspunkt solcher sachlichen Gesinnung ist, und dessen Erweckung deshalb Endziel unserer Erziehung werden muß. Schon den jungen Humboldt haben diese Gedanken beschäftigt, wenn er sagt: „Je mehr Einheit der Mensch besitzt, desto freier entspringt das äußere Geschäft, das er wählt, aus seinem inneren Sein, und desto häufiger und fester knüpft sich dieses an jenes da an, wo es nicht frei gewählt wurde. — — So ließen sich vielleicht aus Bauern und Handwerkern Künstler bilden, d. h. Menschen, die ihr Gewerbe um ihres Gewerbes willen liebten, durch eigen gelenkte Kraft und eigene Erfindsamkeit verbesserten und dadurch ihre intellektuellen Kräfte kultivierten, ihren Charakter veredelten, ihre Genüsse erhöhten."

Selbstbewußtsein als Volk, ethische Gesinnung und innere Einstellung zur Sache, insbesondere zur Arbeit — das sind drei große Ideale, die zu einer geschlossenen Lebensauffassung zusammenführen. Sie bilden ein Kulturprogramm, das unerreichbar und utopisch ist, wie alle letzten Ziele der Menschheit sein müssen, das aber eine normative Kraft von packender Wucht enthält, wenn es wirklich vom Willen des Einzelnen auf-

genommen und von dem Glauben einer zur Mitarbeit sich freiwillig zusammenschließenden Kulturgemeinde getragen wird. Auf diesem Boden können sich alle Parteien und Konfessionen zusammenfinden; sie werden und sollen diesen Ideen in ihrem Kreise ihre besondere Lokalfarbe und Temperatur verleihen, sie werden aber alle bereit sein, jeder auf seinem Wege, diesen ewigen Zielen zuzustreben und dadurch unser zerrissenes Volk sich in einer höheren Einheit zusammenfinden lassen. Ideale nicht nur zu haben, sondern sie mit dem vielgestaltigen kulturpolitischen Apparat bewußt dem deutschen Volke als Lebensideale einzuhämmern — das ist die eigentliche Aufgabe der Kulturpolitik des Reiches.

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22450 7290